



Friedenssteuer

NACHRICHTEN

Sommer 2014, Nr. 51

Endlich Pfingsten!?

„Wir leisten uns die Bundeswehr – wir müssten uns angesichts der Konflikte in vielen Regionen der Welt auch ein Heer von zivilen Akteuren in der Größe der Bundeswehr leisten.“ Wer sagte das: Ein pazifistischer Spinner des Netzwerk Friedenssteuer? Ein Kabarettist? Ein Sprecher des Zentrums Zivil-Militärische Zusammenarbeit der Bundeswehr, in einem hellen Moment? - Es war Renke Brahms, Friedensbeauftragter der EKD, bei einer öffentlichen Diskussion in Bremen über Friedensförderung in Krisenregionen, kurz vor Pfingsten. Und er meinte es ernst, denn das Gleiche hat er auch schon April 2013 gegenüber dem damaligen Verteidigungsminister de Maizière gesagt! Die Bundeswehr umfasst derzeit knapp 200.000 Soldaten (Ziel: 185.000). Also: 185.000 Friedensfachkräfte forderte Herr Brahms, wenige Tage vor Pfingsten.

Und mit dieser radikalen Forderung steht er keineswegs allein. Der Pfingst-Geist ist auf vielen Ebenen der EKD zu spüren, nur hinter diversen Synoden stehen weiterhin Fragezeichen. Doch in den Kirchen wartet man ja nicht darauf, was die höchsten Gremien sagen, um in Gewissenssachen aktiv zu werden. Im Mai tagte in Mainz die Ökumenische Versammlung 2014 unter dem Motto: „Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung.“ Aus der 'Mainzer Botschaft' gebe ich hier weitere Äußerungen wieder, welche die Herzen von Friedensbewegten höher schlagen lassen.

„... setzen wir uns ein für einen **sofortigen Stopp von Rüstungsexporten**, einen Militärausstieg in Schritten und die Anerkennung von gewaltfreier Kommunikation und **ziviler Konfliktbearbeitung als Lebensmaxime**.“

„Die Menschen, die sich als Krone der Schöpfung verstanden haben, sind zur Krone der Erschöpfung der Welt geworden ... **deshalb setzen wir uns ein für die Abkehr vom Wachstumsdogma**.“

„Der aktuellen gemeinsamen Sozialinitiative des Rates der EKD und der Deutschen Bischofskonferenz **widersprechen wir** (deshalb) in ihrer Akzeptanz eines neoliberalen So-

zialstaats mit ökologischem Anstrich. Wir sagen: Unser Wohlstandsmodell und unsere Wirtschaftsordnung sind ethisch und ökologisch nicht akzeptabel. Das ganze Leben wird von einer kapitalistischen Anhäufungs- und Wachstumslogik beherrscht, **die zur 'Staatsreligion' geworden ist**.“ Dies sei ein Verbrechen gegenüber einem Großteil der Menschheit. Zu diesem Verbrechen rechnen die Autoren explizit auch Rüstungsproduktion, so wie bewaffnete Konflikte - auch für wirtschaftliches Wachstum - „**die mit unserem Steuergeld finanziert werden**“.



Julia Reiss machte dieses Foto vor der St. Pauli-Gemeinde in Hamburg (Lampedusa-Flüchtlinge)

Leider ist die Antwort auf die Frage, was die Kirchen für eine radikale Transformation von Gesellschaft und Politik tun können, recht vage. Es bleibt bei einer

Unterstützungszusage von alternativen Kräften in der Gesellschaft, wie

starke Proteste und Lobbyarbeit, gerne durch die Kirchengemeinden vor Ort. Da Regierung und Bundestag die Ortsebene aber nicht vertreten, kann man nur hoffen, dass die höchsten Gremien der Kirchen ebenfalls den Pfingstgeist endlich hereinlassen, damit die Glocken auch in Berlin gehört werden.

Gertie Brammer, Karwitz

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

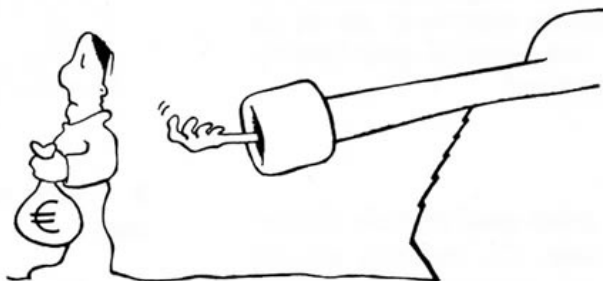
„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fach-juristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor - für Öffentliches Recht an der Freien Universität Freiburg - bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100% in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei den Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen so lange Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO CPTI / *Conscience and Peace Tax International* mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in New York und in Genf.

Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

Die moderne Form der Kriegsdienstverweigerung ist die Militärsteuerverweigerung

**Impressum**

Die *Friedenssteuer Nachrichten* (FN) werden herausgegeben vom *Netzwerk Friedenssteuer e.V.*

V.i.S.d.P.: Friedrich Heilmann

Verantwortliche Redakteurin: Gertie Brammer, Adressen s.S. 24

<i>Inhaltsübersicht:</i>	Seite
Impressum / Termine	2
Spinner	3
2014 - Katastrophengedenken	4
Nicht zaudern – schreiben!	8
Strategiekonferenz Koop. Frieden	10
Jahrestagung Friedenssteuer	11
Int. Schutzverantwortung	13
Schutzpflicht – theol. Rechtfertigung	14
Steuern zu Pflugscharen	16
Aktionen	17
CPTI – Roy Prockter †	23
Adressen	24

Beilagen:

- Steuerverweigerung Gertrud Nehls
- Aktionskarte ZFD
- Unterschriftenliste DFG-VK



Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Krennerweg 12, 81479 München
Tel: 089 / 725 94 16
info@friedenssteuer.de
www.friedenssteuer.de

Die *Friedenssteuer Nachrichten* erscheinen 2014 1x (Auflage 600 Stk.) und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Da Friedensarbeit auch Kosten, wie z.B. Druck und Versand dieser *Friedenssteuer Nachrichten*, verursacht, freuen wir uns ebenso über eine Spende wie über Ihr Interesse an unserer Arbeit. Für uns ist es wichtig, dass wir viele werden! Spendenkonto:
IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS
(GLS Gemeinschaftsbank eG)

Termine: (siehe auch www.friedenssteuer.de, rechte Spalte auf der Startseite)

- 01. Sept. 2014 Antikriegstag / Weltfriedenstag
- 21. Sept. 2014 Internationaler Tag des Friedens der Vereinten Nationen / UN
- 26. - 28. September 2014 Friedenssteuer-Arbeitstagung im Jugendgästehaus in Köln
- 11. Oktober 2014 AG Rechtswege in München, 10:30 - 17:30 h
- 13. - 15. März 2015 Jahrestagung Friedenssteuer in Bebra-Imshausen
- 03. – 07. Juni 2015 Deutscher Evangelischer Kirchentag in Stuttgart

Bist du ein Spinner?

Irene Auerbach aus England, die Deutsch und Englisch gleichermaßen als Muttersprache beherrscht, ist seit Jahren für uns bei den internationalen Konferenzen als ehrenamtliche Dolmetscherin sehr engagiert tätig. Ein absoluter Glücksfall für uns! Wir fragten nach ihrer Motivation

Gewissenssache!

Warum ich mich für die Friedenssteuerbewegung einsetze? ...weil ich mir nicht vorwerfen lassen möchte (auch nicht von meinem eigenen Gewissen), das bisschen, das ich außer Teilnahme an Wahlen ausrichten kann, nicht getan zu haben.

Ich kam im März 1939 in Amsterdam zur Welt. Meine deutschen Eltern hatten schon im Mai 1933 aus politischen Gründen fliehen müssen, lange, bevor die jüdische Herkunft meines Vaters eine weitere Gefährdung darstellte. Als der Zweite Weltkrieg anfang, flohen wir weiter und hatten das große Glück, in England Asyl zu finden, sogar ohne Internierung: die britische Regierung hegte keine Zweifel an der Nazi-Gegnerschaft der Eltern und setzte meinen Vater, zusammen mit anderen Emigranten, sogar als Redner in Kriegsgefangenenlagern in England ein, wo versucht wurde, deutschen jungen Männern die Vorzüge von Demokratie klar zu machen. Wir lebten also 'normal' unter Engländern. Ich beherrsche heute noch die Bewegungen, die uns in der Schule eingeübt wurden: wie man sich am besten schützt, wenn man auf offener Straße von einem Bombenalarm überrascht wird. Wir hatten Glück, und keine Bombe fiel auf uns. Das, was die Eltern immer wieder wie ein einziges langes Wort sagten: "Wennderkriegerstmalvorüberistundwirwiedernachdeutschlandgehen" traf ein, und im Oktober 1946 fanden meine Schwester und ich uns in einem Lande wieder, das für uns neu war. Dass dies Land dann doch wieder aufrüsten würde, war eine große Enttäuschung. Ende der 1950er Jahre auf der Musikhochschule in Hannover verliebte ich mich mit einem Anti-Atomabzeichen herum, und vor allem die Dozenten wussten nicht einmal, was das Abzeichen bedeutete (und deuteten zart an, dass ich, wenn ich weniger Zeit auf Demonstrationen und mehr mit Klavierübungen verbrachte, es in letzterem weiter bringen würde). Aber schon damals fand ich es wichtiger, dass die internationale Situation friedlich blieb, als dass alle Musiker ein klein bisschen besser und schneller spielen könnten.

Eine Reihe Besuche in England machte mir klar, wie sehr die Kindheitsjahre dort mich doch geprägt hatten, vor allem die größere Toleranz. Anfang der 1960er Jahre konnte in Deutschland ein Lehrer-Kollege ohne jeglichen Widerspruch des Kollegiums sagen, dass Hitler nicht schlimmer als Napoleon war. Das nahm mir die Lust, mein ganzes Leben weiter in Deutschland als, wie man auf Englisch sagt, 'eine Minderheit, die aus einem einzigen Menschen besteht' zu verbringen, und seit 1965 lebe ich also wieder auf der anderen Seite des Kanals, längst eingebürgert. Und stehe mir weiterhin die Beine bei Friedensdemonstrationen in den Leib, z.B. als eine unter zwei Millionen bei "Don't attack Iraq", von Tony Blair vollkommen ignoriert. Ob es um Krieg gegen Menschen oder andere Geschöpfe - Tiere wie Pflanzen - geht, die sich nicht selbst ausdrücken und wehren können: wir dürfen nicht wegschauen, sonst sind wir mit schuld. Wie die letzte Zeile von Matthias Claudius' Gedicht von 1775, das leider nicht veraltet ist, es ausdrückt:

Eine Reihe Besuche in England machte mir klar, wie sehr die Kindheitsjahre dort mich doch geprägt hatten, vor allem die größere Toleranz. Anfang der 1960er Jahre konnte in Deutschland ein Lehrer-Kollege ohne jeglichen Widerspruch des Kollegiums sagen, dass Hitler nicht schlimmer als Napoleon war. Das nahm mir die Lust, mein ganzes Leben weiter in Deutschland als, wie man auf Englisch sagt, 'eine Minderheit, die aus einem einzigen Menschen besteht' zu verbringen, und seit 1965 lebe ich also wieder auf der anderen Seite des Kanals, längst eingebürgert. Und stehe mir weiterhin die Beine bei Friedensdemonstrationen in den Leib, z.B. als eine unter zwei Millionen bei "Don't attack Iraq", von Tony Blair vollkommen ignoriert. Ob es um Krieg gegen Menschen oder andere Geschöpfe - Tiere wie Pflanzen - geht, die sich nicht selbst ausdrücken und wehren können: wir dürfen nicht wegschauen, sonst sind wir mit schuld. Wie die letzte Zeile von Matthias Claudius' Gedicht von 1775, das leider nicht veraltet ist, es ausdrückt:

's ist Krieg! 's ist Krieg! / O Gottes Engel wehre, Und rede Du darein!
's ist leider Krieg - und ich begehre / Nicht schuld daran zu sein!

Irene Auerbach, Stevenage, Hertfordshire/UK



Mit der 'Spinnerin' Irene Auerbach schließen wir diese Rubrik ab. Nicht, dass es keine weiteren Spinnerinnen und Spinner mehr gäbe – aber bei den folgenden Beiträgen geht es um solche, die vor Gericht geklagt haben, einzeln oder in einer Gruppe. So wie Gertrud Nehls, deren aktuelle Klage-Begründung diesem Heft beigelegt ist.

2014: Das Jahr des großen Katastrophen-Gedenkens

Die Medien sind voll davon. Große Zahlen, unvorstellbar viele Toten, Verletzte, Vermisste, Traumatisierte, zerstörte Existenzen und materielle Schäden. Ursachenforschung. Nie-wieder-Forderungen. Mich hat ein besonderer Blick auf eine 'kleine' Zahl fasziniert:

Wie viel kostet ein Soldat? Und wie viel kostet es, einen Soldaten umzubringen?

Zynische, für das Verteidigungsministerium aber auch realistische Fragen. Bruno Preisendörfer schreibt dazu in Le Monde Diplomatique vom Februar d.J.: „Man hat ausgerechnet, wie viel ein deutscher Soldat des ersten Weltkrieges statistisch wert war (1.354 Dollar) und wie viel es, wiederum statistisch, die Entente gekostet hat, ihn zu töten (36.485 Dollar und 48 Cent). Umgekehrt war ein Brite oder Amerikaner 1.414 Dollar wert (ein Russe 700 Dollar), und die Reichswehr kostete es 11.344 Dollar, ihn zu töten.“ Der Autor könne sich vorstellen, auszurechnen, wie hoch die entsprechenden Kosten heute wären, in Relation zu dem 'Wert' eines Talibankämpfers. Da müsste man m.E. einkalkulieren: Schulung, Training, Versorgung des Soldaten, so wie medizinische Versorgung nach Verletzung, einschließlich Therapie bei Posttraumatischer Belastungsstörungen. Ich vermute, dass es da wohl sehr große 'Wert'-Unterschiede der Kombattanten geben würde, so wie gigantische Unterschiede, was die Kosten des Tötens betrifft. 'Werte', die auf deutscher oder Nato-Seite immer noch zunehmen, weil immer teurere Waffensysteme entwickelt werden. Die Kosten pro Soldat sind schon lange nicht mehr die wichtigsten, sondern die Kosten pro Rüstungsteil, wenn man auch noch alle Infrastruktur-, System- und Wartungskosten von der Anschaffung bis zur Vernichtung mit einrechnet. Auch wenn mit dem Panzer oder Jagdbomber 10 Soldaten untergehen, bleibt der 'Geldschaden' ungleich höher als der 'Blutschaden'.

Aber warum sollte diese zynische Rechnerei uns interessieren? Weil nicht die ca. 100 toten deutschen Soldaten seit 1993 die Stimmung verderben (wenn überhaupt, denn wer fühlt sich betroffen, außer den Familien?), sondern die immer neuen Forderungen der Bundeswehr nach immer mehr Geld für ärztliche, psychiatrische und Invaliditätsversorgung sowie nach noch besseren, also teureren, Schutz durch Rüstung. Und so bastelt die Politik fleißig weiter an dem Modell des 'Mehr Geld (Drohnen), weniger Blut'. Mehr Blut würde auf Widerstand in der Bevölkerung stoßen, wo die Erinnerung an zwei Weltkriege gerade in Hinsicht auf den Ukraine-Konflikt die Emotionen wieder hochsteigen lässt. Wer regt sich schon auf, wenn Material (Geld) im Einsatz verloren geht? Auf die Dauer ist dieses Modell aber nicht zu halten. 'Der Westen' rüstet sich selber finanziell tot – und verliert trotzdem alle seine Kriege. **Unser Zivilsteuergesetz hat das Potential, diesen Prozess wenigstens in Deutschland erheblich zu verkürzen.**

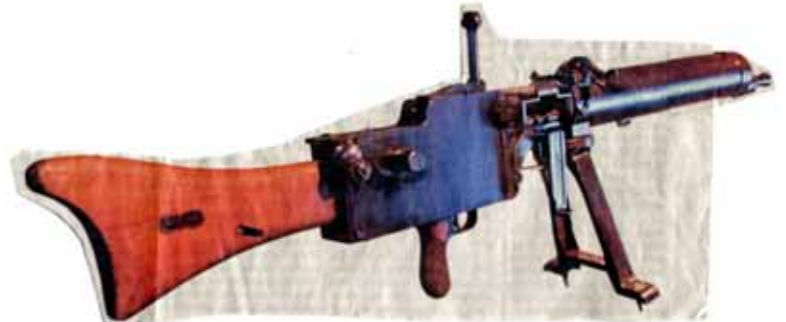
Gertie Brammer



BLUT. (links) So macht das War Museum in Manchester/UK jungen Besucherinnen klar, wie im Ersten Weltkrieg die Soldaten litten: „Mitten in der Schlacht konnte man nicht eben zum nächsten Apotheker laufen oder den Notarzt rufen. Die Soldaten mussten einander helfen; alle hatten einen kleinen Erste-Hilfe-Set dabei.“ Das Figürchen kann man aus Pappe ausschneiden, die Finger durch die Lücken stecken und überlegen, wie hilfreich so ein Set war, wenn die Beine plötzlich fehlten. 'W' = 'Wunded'

GELD. Das deutsche Maschinengewehr 08/15 wurde von 5 Soldaten bedient. Beim Verlust wurde über das Gewehr ausführlich berichtet. Für die Soldaten reichte ein Kreuzchen. Heute unterschreibt der Bundespräsident persönlich die Trauerkarte an die Familie, so wenig Tote gibt es. Ein völlig verändertes Verhältnis Blut : Geld. Ein Fortschritt???

(Foto: taz, 28.03.14)



Bei all dem muss man sehen, dass 2014 noch nicht einmal alle Folgekosten der zwei Weltkriege bezahlt sind.

Kriegsspätfolgen: Bombenfunde in Deutschland

Wie sehr sind wir selbst noch von den Folgen und Kosten des Krieges in Deutschland betroffen, der doch schon 1945 endete, frage ich mich. Zweifelsohne leben wir auch heute noch mit vielfältigen Kriegsfolgen wie verdeckte Traumatisierung, Spar- und Sammeltrieb, Erfahrungen von Flucht, Vertreibung und zerrissenen Familien, Schäden durch deutsche Teilung und Mauerbau, genetische Veränderungen durch Hungersnot usw. Als Kölnerin wohne ich in einer Stadt, die im Zweiten Weltkrieg 262 Mal bombardiert wurde; und deshalb ist eine Antwort auf meine Frage: durch Bombenfunde. Wird in dieser Stadt eine Baugrube ausgehoben, so findet man gern Überreste der Römerzeit und des Mittelalters, aber eben auch nicht explodierte Bomben und andere Kampfmittel wie Granaten, Handwaffenmunition und Minen. Grob gesagt hatten die Bomben zweierlei Zünder: Die einen sollten sofort beim Aufprall explodieren, während die anderen mit ihrem Langzeitzünder darauf ausgelegt waren, erst Stunden oder Tage nach dem Aufschlag zu detonieren; das macht sie besonders gefährlich.



Zahl der Bomben? unbekannt. Bei der Zeitungslektüre des Kölner Stadt-Anzeigers erfahre ich eine Menge über dieses Dauerthema. So weiß man nicht, wie viele Bomben noch vorhanden sind. "Jede Zahl von Blindgängern, die irgendwo veröffentlicht wird, kann nur falsch sein", versichert Rolf Vogelbacher, Dezernent für Kampfmittelbeseitigung bei der Bezirksregierung in Düsseldorf. Seine 20 Mitarbeiter sind zuständig für die Entschärfung von Weltkriegsmunition im Großraum Düsseldorf und Köln. Etwa 20 Mal pro Jahr rücken die Spezialisten zu einem Bombenalarm nach Köln aus. Um die Gefahr so gering wie möglich zu halten, informieren die Kommunen in Deutschland die Experten der Kampfmittelbeseitigung vor dem Beginn größerer Bauvorhaben. Anhand von Luftbildern aus dem Zweiten Weltkrieg prüfen die Spezialisten, ob an jener Stelle Aufschlagskrater oder etwa Schützengräben zu erkennen sind, wo Soldaten Munition gebunkert haben könnten, die bis heute unter der Erde liegt. Im Zweifel messen die Feuerwerker die Geomagnetik des Bodens. Abweichungen können auf eine Bombe deuten. Hundertprozentig verlässlich ist die Methode aber nicht. Auch Schrott kann das Messergebnis verändern.¹ Als im Jahr 2007 der Ev. Kirchentag in Köln stattfand, wurden die Rheinwiesen, auf denen Eröffnungs- und Abschlussgottesdienste stattfanden, systematisch untersucht.

Bombenentschärfer - Ihr Job gehört zu den gefährlichsten, die man sich vorstellen kann. Eine einheitliche Ausbildung gibt es nicht, noch nicht mal eine offizielle Berufsbezeichnung. Die Aufstiegschancen sind bescheiden, und reich werde man auch nicht, trotz Gefahrenzulage, erzählt ein Insider. Und doch sind die Männer unverzichtbar: Bombenentschärfer werden sie umgangssprachlich genannt, Sprengmeister oder Feuerwerker. "Wir nennen sie Fachkundige oder Truppführer", erzählt Rolf Vogelbacher. Ein Entschärfer habe große Schwierigkeiten, eine Lebensversicherung abzuschließen, berichtet er. Viele Unternehmen hätten Ausschlussklauseln für Kriegsereignisse. Und letztlich geht es bei der Beseitigung von Kampfmitteln um Kriegsfolgen. Deshalb haben die Bundesländer ihre Feuerwerker über Unfallversicherungen selbst versichert. Seit Juli 2013 gibt es in Arnsberg auch eine Frau beim Kampfmittelräumdienst. Der jüngste Todesfall, von dem ich las, ereignete sich am 3. Januar 2014 in der Nachbarstadt Euskirchen, als dort eine Luftmine aus dem zweiten Weltkrieg explodierte. Dabei starb ein Baggerfahrer; zwei Arbeiter und 13 weitere Menschen wurden z.T. schwer verletzt. Die Ermittler vermuten, dass der tödliche Blindgänger in einem Betonblock versteckt war, eine weit verbreitete Praxis im Umgang mit den explosiven Überbleibseln in und nach dem Zweiten Weltkrieg. Dieser Betonblock wurde vom Fundort zum Ort der Entsorgung von Bauschutt gebracht. Bei den Räumarbeiten mit dem Greifarm des Baggers wurde der Sprengkörper zerdrückt und so zur Explosion gebracht. Dabei entstand im Umkreis von wenigstens 300 Metern erheblicher Sachschaden an Dächern, Fenstern, Türen, Garagentoren. Die Zeitung berichtet zudem, dass 2006 ein und 2010 sogar drei Bombenentschärfer bei der Arbeit starben.²

Gefahrenbericht - Das Land NRW veröffentlicht einen Gefahrenabwehrbericht. Im Jahr 2012 wurden 239 große Bomben mit einem Einzelgewicht von mindestens 50 Kilogramm und 467 kleine Bomben entschärft und insgesamt 32,5 Tonnen Sprengstoff gesichert. Die Kampfmittelbeseitigungsdienste

¹ Kölner Stadt-Anzeiger 26.09.2012, S. 2

² http://www.focus.de/wissen/technik/tid-27371/deutschlands-bomben-der-kampfmittelraeumdienst-rueckt-beinahe-taeglich-aus_aid_821860.html

in Arnsberg und Düsseldorf erhielten im vorigen Jahr 14 635 Anfragen von Bauherren. Es wird auch von mehreren Unfällen berichtet³. Im Jahr 2011 waren es 862 Entschärfungen.

Das aufwendige und riskante Entschärfen - Wegen der hohen Gefahr bei der Entschärfung wird i.d.R. ein Gebiet rund um den Bombenfund evakuiert. Dies bedeutet, dass viele Menschen ihre Unterkunft/Arbeitsstätte verlassen und andernorts unterkommen bzw. untergebracht werden müssen – kurzzeitig oder mit Übernachtung - und dass dafür eine Menge professioneller Hilfsdienste benötigt wird; schwere Geräte und auch mal ein Hubschrauber kommen zum Einsatz. Der öffentliche Nahverkehr, Zugverkehr, Autoverkehr im Umkreis und auf Autobahnen und auch der Flugverkehr können zum Erliegen kommen.

Anhand von zwei Beispielen zitiere ich Bruchstücke aus der Kölner Berichterstattung. 17. Dezember 2013: Die Räumung erfolgte im Umkreis von 250 Metern. Die Uniklinik hat 244 Personen evakuiert (auch 12 Intensivpatienten). Der HNO-Lehrbetrieb wird eingestellt, um gegebenenfalls die Plätze in den Hörsälen für mobilere Patienten zur Verfügung zu haben. Das Seniorenheim war um 11:30 Uhr komplett geräumt. Zwei Kindertagesstätten und eine Grundschule bleiben geschlossen. Eine Buslinie wird umgeleitet. Die Feuerwehr Köln ist mit rund 252 Kräften im Einsatz, das Ordnungsamt mit 120 Kräften und 43 Polizeibeamten. 31. Januar 2014: Evakuierungsradius 500 Meter. Direkt neben Kölns größtem Hochhaus, dem Uni-Center, liegt eine 250-Kilo-Weltkriegsbombe. 5000 Menschen mussten evakuiert werden. Mitarbeiter der Hausverwaltung und des Ordnungsamtes gehen Stockwerk für Stockwerk durchs Uni-Center, klopfen an jede Tür. Dort, wo sie vermuten, dass die Bewohner sich nach wie vor in der Wohnung aufhalten, holen sie Feuerwehr und Polizei und brechen die Türen im Notfall auf. Anlaufstelle für Betroffene ist die Uni-Mensa; es wird davon ausgegangen, dass etwa 500 Menschen während der Sprengung hier unterkommen. Es gibt etwa 40 Personen, die ihre Wohnungen nicht allein verlassen konnten und von den Wehrleuten in die umliegenden Krankenhäuser gebracht wurden. Eine Theateraufführung war mit 120 Besuchern ausverkauft, doch musste die Studiobühne evakuiert werden. - In der Nacht konnte die Sprengung kontrolliert durchgeführt werden. Zuvor liefen immer wieder vereinzelt Schaulustige in den Absperrbereich, um sich einen guten Platz mit Sicht auf die Sprengung zu sichern. Teilweise mussten diese mit Gewalt aus dem Gebiet gebracht werden. Der Betrieb der KVB-Linie 18 und 9 sowie der Buslinien 130 und 142 wird zeitweise umgeleitet. Feuerwehrchef Stephan Neuhoft ist persönlich Vorort und verschafft sich einen Überblick.

Munitionsbelastung der deutschen Meeressgewässer - Im November 2011 veröffentlichte die Bund-Länder Arbeitsgruppe "Munitionsaltlasten im Meer", eingerichtet im Innenministerium Schleswig-Holstein, einen 1.100-Seiten-Bericht zur Munitionsbelastung der deutschen Meeressgewässer. Demnach ist die Nordsee mit etwa 1,3 Millionen Tonnen und die Ostsee mit 300.000 Tonnen konventioneller Munition verseucht. In deutschen Nordseegeässern liegen außerdem 90 Tonnen chemische Munition, in den Ostseegeässern etwa 5.000 Tonnen. Nach Ende des Krieges sollte Deutschland entwaftet werden, und man hat alle Bestände der deutschen und auch Teile der Alliierten-Munition im Meer versenkt. Es wurden alle möglichen Schiffskapazitäten, die damals noch zur Verfügung standen, für Versenkungen benutzt. Das heißt also: Fischerboote und kleine Schiffe wurden pro Fahrt bezahlt, um zu zugewiesenen Versenkungspositionen zu fahren.⁴

Kosten - Trotz der teilweise umfangreichen Evakuierungen und großen Zahl von Fachpersonal interessieren sich die BerichterstatterInnen nicht für die Kosten solcher Maßnahmen; oder die Angaben sind zu schwierig zu finden; da liest man eher, was einem Fußballverein für den Polizei-Einsatz berechnet wird. Als Laie ist es auch schwierig, die Haushaltsansätze der Länder zu finden. Die Länder tragen die Kosten für die geophysikalische Untersuchung, das Aufgraben im Verdachtsfall, das Entschärfen und Vernichten des Kampfmittels, sofern es kein Grundstück des Bundes ist. Die vor- und nachbereitenden Maßnahmen müssen durch die örtliche Ordnungsbehörde oder den Grundstückseigentümer/Bauherrn veranlasst und bezahlt werden. Über die tatsächlichen Kosten kann ich mir als Zeitungleserin also kein Bild machen. Vereinzelt Angaben über die Haushaltsansätze der Länder für Kampfmittelbeseitigung fand ich im Internet:

* Brandenburg 2013: 12,5 Mio.

* Sachsen-Anhalt 2010: 4,9 Mio.; 2011: 6 Mio.⁵

* Hessen 2013: 2,5 Mio. €, 2014 2,99 Mio. €

* NRW 2012: 13.610.802 €, incl. Personalkosten: 4,7 Mio.€; Erstattungen des Bundes: 2.695.347

³ <http://www.derwesten.de/region/raeumdienst-entschaerfte-2012-in-nrw-239-schwere-bomben-id8611510.html>

⁴ http://www.mdr.de/exakt/die-story/munition_ostsee100.html

⁵ <http://nh24.de/index.php/schwalmstadt/201-schwalmstadt/69563-wallgraben-ziegenhain-hahn-soll-zusagen-einhalten>

Es ist zu erwarten, dass aufgrund der Strukturmaßnahmen und Verkleinerung der Bundeswehr und den damit verbundenen Standortaufgaben diese Zahlen steigen werden, wenn einst militärisch genutzte Liegenschaften einer anderen Nutzung zugeführt werden⁶

Natürlich ist mir klar, dass es diese Kriegsspätfolgen nicht nur in Deutschland gibt; nur darüber berichtet die Lokalzeitung selten.

29.08.2012: Am Flughafen Schiphol in Amsterdam wurde eine Bombe aus dem Zweiten Weltkrieg entdeckt. Das Terminal C musste vollständig gesperrt werden. Es hätte zu massiven Behinderungen kommen können. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden häufiger Fliegerbomben auf dem Amsterdamer Flughafen entdeckt, zuletzt 2008. Schiphol war Ziel zahlreicher Bombenangriffe der Alliierten und wurde 1945 zerstört?⁷ Auch Österreich trägt an diesen Spätfolgen: **5000 Blindgänger in Wien.**⁸ Erstaunlich und etwas unerklärlich fand ich die Reaktion meiner schottischen und englischen Freunde auf meine Frage nach heutigen Bombenfunden: Ein gedehntes Jaa, das Problem gebe es; und ansonsten Achselzucken (Glasgow und seine Werften sind bombardiert worden.) Am nächsten kam mir persönlich eine Entschärfung, als am 22.07.2011 eine Bombe auf dem Grundstück des Hauses der Ev. Kirche gefunden wurde; ich arbeitete auf dem Nachbargrundstück. Wir erfuhren aus dem Intranet davon und konnten ungestört weiter im Büro arbeiten. Eigentlich hatte man damit gerechnet, bei den Bauarbeiten auf historische Stadtmauern zu treffen. Als aber bei den Schachtarbeiten für den neuen Kanal eine Bombe gefunden wurde, waren alle doch einigermaßen überrascht. Zumal der Fundort kaum 70 cm tief vor den Garagen an einer ständig frequentierten Stelle liegt. So mancher fragte sich, wie oft er in den letzten Jahren mit dem Auto über diese Stelle gefahren war. Der erste Entschärfer vor Ort stellte fest, dass der Zünder beschädigt war, und holte aus Aachen einen zweiten Spezialisten dazu, so berichtete ein Kollege in seinem Bautagebuch.⁹ Nach zwei Stunden war die Bombe entschärft und der kölsche Spruch erklang: Ät hätt noch emmer joot jejange! [Es ist noch immer gut gegangen! - was leider nicht stimmt].

Hannelore Morgenstern-Przygoda,
Köln

⁶ Gefahrenabwehr in NRW Jahresbericht 2012, S. 102

⁷ <http://www.sueddeutsche.de/panorama/amsterdam-flughafen-schiphol-wegen-bombe-gesperrt-1.1452979>

⁸ http://diepresse.com/home/panorama/wien/645585/5000-Blindgaenger-in-Wien_Entminungsdienst-vor-Bagger

⁹ <http://posthaus.eu/bautagebuch/?p=342>

TZ. 4.07.14

Ein Waschmittelmanager soll sauber machen

Barack Obama holt Robert McDonald in sein Kabinett

Von Frank Herrmann

WASHINGTON - Barack Obama bricht mit einer Tradition. Lange Zeit war es üblich, den Posten des Kriegsveteranen-Ministers mit Generälen zu besetzen. Robert McDonald dagegen hat es gerade mal bis zum Captain gebracht. Fünf Jahre diente er bei den Fallschirmjägern der 82. Luftlanddivision, bevor er in die Privatwirtschaft wechselte.

Der Republikaner kann Qualitäten in die Waagschale werfen, die das Department of Veteran Affairs (VA) derzeit dringend braucht. McDonald ist ein erfahrener Manager, er soll Ordnung in eine Bürokratie bringen, die nicht mehr zu funktionieren scheint. Von 2009 bis 2013 führte er den Konzern Procter & Gamble, dessen Produkte, allem voran Waschmittel und Toilettenpapier, man in jedem Supermarktregal findet. Schon seiner Vorgeschichte wegen haben ihm die hiesigen Medien den nahe liegenden Spitznamen „The Cleaner“ verpasst, frei übersetzt: der Mann, der saubermacht. Damit ist prägnant beschrieben, welche Aufgabe den 61-jährigen erwartet.

Das VA steckt tief im Schlamassel, seit ein Whistleblower schilderte, mit welchen Tricks in den Kliniken des Ressorts Statistiken geschönt werden. Ein Arzt aus Phoenix, ein gewisser Sam Foote, berichtete von Wartelisten, die systematisch mani-



Barack Obama führt Robert McDonald in sein Amt ein. FOTO: AFP

puliert werden, damit die Kurve nach oben zeigt. Nach Angaben des Doktors sind mindestens 40 Veteranen gestorben, während sie auf den Beginn ihrer Behandlung warten mussten, im Durchschnitt 115 Tage lang. Als Foote auspackte, brachte er eine Lawine ins Rollen.

Das Ministerium mit seinen angeschlossenen 1700 Krankenhäusern und Pflegeheimen ist chronisch überfordert. Die Kriege im Irak und in Afghanistan mit seinen körperlich und seelisch Verwundeten ließen die Zahl seiner Patienten um zwei Millionen nach oben schnellen. Doch der Fiskus muss sparen und das medizinische Angebot hält schlicht nicht Schritt mit dem Ansturm.

Und so sieht die Gegenwart aus::

Ein Land, das nach 1945 nie wieder aus den Kriegen herausgekommen ist, zählt gegenwärtig 2 Millionen Kriegsversehrte in 1.700 Krankenhäusern als Folgekosten. Von den noch viel höheren Opferzahlen in den angegriffenen Ländern ist nicht einmal die Rede.

Nicht zaudern - schreiben!

Wie oft brennt einem was unter den Nägeln, wenn es in der Politik wieder mal danebengeht. Man könnte fast täglich zur Feder greifen und 'Stopp!' rufen. Manchmal muss man es einfach tun, sonst ist es nicht auszuhalten. Hier folgen vier Kostproben.

1. Zitate aus einem Brief von Else Tonke an den Bundestagspräsidenten, mit Kopie an alle Fraktionen, nachdem sie im Herbst 2013 den neuen Koalitionsvertrag gelesen hatte:

„Sehr geehrter Herr Bundestagspräsident,

... (im Kooperationsvertrag) kann man unter der Rubrik 184 u.a. folgendes lesen:

Im Bundestag und in allen von ihm beschickten Gremien stimmen die Koalitionsfraktionen einheitlich ab. Das gilt auch für Fragen, die nicht Gegenstand der vereinbarten Politik sind. Wechselnde Mehrheiten sind ausgeschlossen.

Im Grundgesetz, Art. 38 heißt es dazu:

Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages werden in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl gewählt. Sie sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen.

Man sieht also: Der Kaiser ist nackt. Bei der Machtübergabe des Präsidenten Hindenburg an den "österreichischen Gefreiten" - wie er ihn zu nennen pflegte - und mit dessen Ernennung zum Reichspräsidenten im Januar 1933 wurde der Weg für die begonnene Beseitigung der außerparlamentarischen Opposition forciert und mit dem Ermächtigungsgesetz vom 24.3.1933 für die Diktatur freigemacht. Unsere Koalitionspolitiker führen den Staatsstreich schon vor der Konstituierung der Regierung durch. Ich finde, das ist ein beängstigendes Zeichen für die Demokratie in Deutschland und gleichzeitig ein Ausdruck der Schwäche der Koalitionäre, denn zwischen der von ihnen verkündeten bürgernahen Politik und ihren Absichten bestehen erhebliche Differenzen. Wenn also die Praxis fortgeführt werden sollte, die Parlamentarier durch die Fraktionsvorstände von der Pflicht zu entbinden, ihrem Gewissen zu folgen, mache ich dazu folgenden Vorschlag: Im Interesse der Senkung von Reisekosten und Tagungsgeldern sollten in Verbindung mit der Akademie der Künste sowie gegebenenfalls mit mechanischen Werkstätten für die Tagungen des Bundestages aus Plastik lebensgroße Skulpturen der Abgeordneten der Fraktionen von CDU, CSU sowie SPD angefertigt werden. Auf Knopfdruck lässt ein Berechtigter der jeweiligen Fraktion die Abstimmung durchführen. Es ist unbedingt wichtig, dass diese Puppen lebensgroß aussehen und beweglich sind, da die Tagungen nach wie vor im Fernsehen übertragen werden sollten. Weitere Vorteile ergäben sich daraus, dass die Abgeordneten in ihren Wahlkreisen notwendige, praxisbezogene und bürgernahe Tätigkeiten ausführen könnten, da sie von der Riesenflut von Papieren befreit wären, die sie im Bundestag zu bewältigen haben. Papieren, die - wie von einigen ehrlicher Weise eingestanden - sie häufig gar nicht lesen können (siehe ESM-Vertrag). Mit vorzüglicher Hochachtung"

Else Tonke, Berlin

2. Jürgen Todenhöfer schrieb folgenden offenen Brief an Joachim Gauck, nach dessen Auftritt bei der Münchener Sicherheitskonferenz, Februar 2014

„Lieber Herr Bundespräsident,

Sie fordern, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Welt übernimmt. Auch militärisch. Wissen Sie wirklich, wovon Sie reden? Ich bezweifle es und habe daher vier Vorschläge:

1. Ein Besuch im syrischen Aleppo oder in Homs. Damit Sie einmal persönlich erleben, was Krieg bedeutet.
2. Vier Wochen Patrouillenfahrt mit unseren Soldaten in afghanischen Kampfgebieten. Sie dürfen auch Ihre Kinder oder Enkel schicken.
3. Ein Besuch eines Krankenhauses in Pakistan, Somalia oder im Jemen – bei unschuldigen Opfern amerikanischer Drohnenangriffe.
4. Ein Besuch des deutschen Soldatenfriedhofes El Alamein in Ägypten. Dort liegen seit 70 Jahren 4.800 deutsche Soldaten begraben. Manche waren erst 17. Kein Bundespräsident hat sie je besucht. Nach unserem Grundgesetz haben Sie „dem Frieden zu dienen“. Angriffskriege sind nach Artikel 26 GG verfassungswidrig und strafbar. Krieg ist grundsätzlich nur zur Verteidigung zulässig.

Sagen Sie jetzt nicht, unsere Sicherheit werde auch in Afrika verteidigt. So etwas Ähnliches hatten wir schon mal. 100.000 Afghanen haben diesen Unsinn mit dem Leben bezahlt.

Wie kommt es, dass ausgerechnet Sie als Bundespräsident nach all den Kriegstragödien unseres Landes schon wieder deutsche Militäreinsätze fordern? Es stimmt, wir müssen mehr Verantwortung in der Welt übernehmen. Aber doch nicht für Kriege, sondern für den Frieden! Als ehrlicher Makler. Das sollte unsere Rolle sein. Und auch Ihre.

Ihr Jürgen Todenhöfer

PS: Mir ist ein Präsident lieber, der sich auf dem Oktoberfest von Freunden einladen lässt, als einer der schon wieder deutsche Soldaten ins Feuer schicken will. Von seinem sicheren Büro aus. Fast bekomme ich Sehnsucht nach Wulff. Der wollte Menschen integrieren, nicht erschlagen.“

3. Das Netzwerk Friedenssteuer gehörte zu den ErstunterzeichnerInnen eines offenen Briefes an Joachim Gauck von der Initiative Kein Militär mehr! (12.03.14). Auszüge daraus:

„...Beschämend ist (darum), das ausgerechnet Sie, Herr Bundespräsident, als ehemaliger DDR-Pastor die militärische Zurückhaltung Deutschlands beklagen, statt für eine Hinwendung zu Gewaltlosigkeit und Gerechtigkeit, wie viele ihrer früheren Amtskollegen, einzutreten. Da 75% unserer Mitbürger deutsche Kriegseinsätze ablehnen (lt. Tagesschau v. 7.2.14), vermitteln Sie...ein völlig falsches Bild unseres Landes, wenn Sie mehr Kriegseinsätze fordern. Nur ein Volksentscheid auf Bundesebene würde eine solche Aussage legitimieren. (...) Zu oft schon sind unter dem **Vorwand von 'Schutzverantwortung'** oder Terrorabwehr Kriege 'inszeniert' worden. (...) Ein Ausdruck doppelter Moral ist auch, dass Deutschland Waffen in Krisengebiete liefert und die Waffenausbilder gleich noch dazu. Deutschlands größer gewordene Verantwortung in der Welt kann...nur noch in ziviler Krisenprävention und politischer Neutralität bestehen. Wir fordern...dem wachsenden Nationalismus und dem militärischen Großmachtstreben nicht zuletzt in Europa eine Absage zu erteilen.“

Thomas Bauer, Hannover

4. Am 17.06.14 schrieb Peter Schönlein, Altoberbürgermeister aus Nürnberg, folgenden Widerspruch

Sehr verehrter Herr Bundespräsident,
mit großem Respekt vor Ihrem hohen Amte und Ihrem bewundernswerten Einsatz für unser Land muss heute freilich in einem Punkte entschiedener Widerspruch angemeldet werden. Denn Sie verbinden Ihren Wunsch nach mehr Engagement Deutschlands in der Welt mit der Aufforderung, die bisherige Zurückhaltung bei militärischen Einsätzen aufzugeben.

Immerhin räumen Sie ein, dass es „früher eine gut begründete Zurückhaltung der Deutschen“ gegeben habe. Heute aber, so argumentieren Sie, sei Deutschland eine solide und verlässliche Demokratie, die gegebenenfalls auch zu Waffengewalt greifen sollte.

Diese Argumentation ist nicht nachvollziehbar. Denn die Bundesrepublik Deutschland war – glücklicherweise – auch schon vor 10, vor 20, vor 30 und vor 40 Jahren eine solide Demokratie. Das Einzige, was sich in dieser Hinsicht verändert hat, ist der Umstand, dass die früheren Bundespräsidenten ohne Ausnahme die deutsche Bevölkerung in ihrem Friedenswillen bestätigt und bestärkt haben, während Sie einen Mangel an Bereitschaft zu militärischen Lösungen beklagen. Und da Sie nur zu gut wissen, dass nur eine kleine Minderheit der Deutschen Kriegseinsätze akzeptiert, die nicht der Landesverteidigung dienen, fordern Sie einen Mentalitätswechsel in der deutschen Gesellschaft. Damit erfreuen Sie sicherlich diejenigen in Politik und Medien, die schon seit längerem die Kriegsmüdigkeit der Deutschen tadeln und die Bundeswehr am liebsten als Interventionsarmee im Einsatz sähen.

Besonders bedenkenswert empfinde ich es dabei, dass Sie die Neuakzentuierung politischer Grundsätze hin zu mehr militärischen Lösungen ausgerechnet in diesem Jahr 2014 fordern, in dem in ganz Europa des Ausbruchs des 1. Weltkrieges gedacht wird und in dem Historiker und Politiker der Frage nachspüren, welche Gesinnung und welche Denkmuster im Vorfeld des Krieges dazu geführt haben, dass Menschen aller Gesellschaftsschichten sich bedenkenlos einer Kriegseuphorie hingegeben haben, die ganz Europa in die Katastrophe führte.

Sie werden dagegenhalten, dass dies andere Zeiten waren und heutzutage das Kriegführen doch nur edlen Zwecken dienen soll, nämlich dem Sturz von Despoten und dem Schutz der Menschenrechte.

Genau das hat der amerikanische Präsident Bush auch für sich in Anspruch genommen, als er in den Irak mit Krieg überzogen hat. Das Ergebnis wird uns in diesen Tagen in erschütternder Weise vor Augen geführt. Die USA stehen heute vor einem Scherbenhaufen ihrer Kriegspolitik und haben damit einen weiteren Beleg dafür geliefert, dass der Krieg allenfalls geeignet ist, sich an militärischen Erfolgen zu berauschen, aber nicht dazu dient, einem Land Frieden, Stabilität und Wohlstand zu sichern. Es hätte damals nicht viel gefehlt und Deutschland wäre in diesen Krieg mit hineingezogen worden, wenn uns nicht der Mut und die Standhaftigkeit Gerhard Schröders davor bewahrt hätten.

Vor dem Hintergrund solcher Erfahrungen – das ist meine Überzeugung - tut Deutschland gut daran, auch in Zukunft Krieg nicht wieder als Mittel der Politik zu begreifen, sondern die gewachsene Verantwortung unseres wirtschaftlich erfolgreichen Landes in noch stärkerem Maße auf politischem und diplomatischem Felde zur Geltung zu bringen.

Mit besten Grüßen aus Nürnberg, der Stadt des Friedens und der Menschenrechte,
verbleibe ich

Ihr Peter Schönlein, Nürnberg

Bericht von der 11. Strategiekonferenz der Kooperation für den Frieden

21.– 22. Februar 2014, Jugendherberge Köln-Riehl

Thema: 1914–2014, 100 Jahre Krieg, 100 Jahre Pazifismus und Friedensbewegung

Prof. Dr. Peter van den Dungen, belgischer Spezialist für historische Friedensforschung, eröffnete die Konferenz mit einer Übersicht über Kriegsursachen, Friedensbewegung, ältere und jüngere FriedensaktivistInnen und Friedensstiftungen, Kriegsgedenken. Dabei datierte er den Anfang der Friedensbewegung der Moderne auf 1814 in Großbritannien und USA. Er erinnerte an superreiche Finanziere der Friedensbewegung wie Andrew Carnegie (Stahl-Großindustrie, USA), dessen philanthropisches Wirken und Stiftung Carnegie Endowment for International Peace (1910) sowie an Alfred Nobel (Dynamit-Erfinder, Schweden) und dessen Nobel-Preis-Stiftung.

„Die Welt ist überbewaffnet und Frieden ist unterfinanziert“, so UN-Generalsekretär Ban Ki-Moon (Mai 2010). Van den Dungen nennt Friedenserziehung und Friedenskultur als heutige, strategische Ziele; er wünscht sich eine Wiederbelebung der ursprünglichen Stiftungsziele (Carnegie, Nobel) und dringend ein europäisches Friedensmuseum (z.B. in Essen/Thyssen-Krupp).

Anschließend kommentierte Prof. Dr. Andreas Buro, Sprecher des Grundrechte-Komitees, den Hauptvortrag mit den Schlussfolgerungen: Nötig seien soziales Lernen, kleine Bündnisse mit heterogenen Ansätzen für das auch kurzzeitige Engagement von Vielen (wie Ostermarsch) und die Kooperation dieser Bündnisse mit anderen sozialen Bewegungen, das Wirken gegen den Abbau von Demokratie und das Aufdecken von politischen bzw. ideologischen Lügen (Projekt Münchhausen im Aachener Friedensmagazin aixpaix).

In der anschließenden Diskussion wurden als strategische Ziele genannt: die Kooperation von sozialen und pazifistischen Bewegungen, eine Art Wirtschafts-NATO, die Pluralität und zwingend die Unabhängigkeit in der Friedensbewegung sowie Wege zu den **84% der Bevölkerung, die laut Umfragen keinen Krieg will**.

Am folgenden Morgen folgten drei Kurzvorträge:

1. Reiner Braun, IALANA

Haben Pazifismus und Antimilitarismus versagt? Oder sehen wir nur ihre Erfolge nicht?

Dargestellt wird Albert Einsteins (1879 – 1955) Entwicklung zum Friedensaktivist in einer recht kleinen Gruppe der damaligen, deutschen Intelligenz und weiterer, europäischer Aktivisten.

2. Renate Wanie, Werkstatt für Gewaltfreie Aktion Baden

Eine Antwort auf den Vorwurf, der Pazifismus habe versagt den 1. und 2. Weltkrieg verhindert zu haben, aus pazifistischer Sicht.

Dargestellt wurden Friedensaktivitäten durch Personen, Bünde & Bewegungen und Konferenzen, auch kurze historische Phasen der umfassenden Friedenshoffnung. All diesen pazifistischen Zukunftshoffnungen standen die jeweils aktuell viel stärkeren Nationalinteressen und Herrschaftsstrukturen gegenüber. Dies führte zum Fazit: Nötig ist eine starke Organisation, das Erreichen ihrer öffentlichen Anerkennung, gemeinsame Strategien, eine auf dem Völkerrecht basierende Politik.

3. Dr. Christine Schweitzer, Bund für Soziale Verteidigung

Können Friedensbewegungen Kriege verhindern oder stoppen? Erkenntnisse aus dem Vergleich von acht Friedensbewegungen seit den 1960er Jahren.

Dargestellt wurden die Ergebnisse von Studien friedlicher Krisenbewältigung in acht Fällen, denen zwar Erfolge bescheinigt wurden, jedoch nicht ohne die Probleme der schweren Definier- und Messbarkeit der Befunde zu nennen. Zum Fazit gehörte: Erfolge brauchen Zeit; sie werden über diverse Ansätze erreicht und bedürfen emotionaler Betroffenheit; **die Eliten müssen eingebunden sein.**

Für den weiteren Vormittag verteilten sich die ca. 100 Teilnehmenden auf sieben Arbeitsgruppen. Den Nachmittag eröffnete Jutta Sundermann (attac und Bewegungsstiftung) mit dem Vortrag ‚Perspektiven und Strategien der Überwindung von Rüstung und Krieg – wie kommen wir raus aus einer immer unfriedlicheren Welt?‘

Wirklich anders als die attac-Strategien seien auch diejenigen für die Friedensbewegung nicht: Nötig seien große Expertise und langer Atem, Vermeidung einer 'closed-shop-Bewegung', vielfältige Kooperationen, bunte und auch mal paradoxe Aktionen, Blockaden, Ziele klären, richtige Bündnisse eingehen, Facebook mit Aktionsseiten ...

Die Dokumentation ist veröffentlicht unter:

www.koop-frieden.de/sub/strategiekonferenz-2014-in-koeln/dokumentation.

Mein Kommentar: Die Vorträge waren sehr sachkundig und interessant; das allein war schon ein Gewinn. In meiner ersten Arbeitsgruppe hatte ich noch die Erwartung eines Fokussierens auf gemeinsame, vorrangig zu verfolgende Strategien; allerdings war dies aus Gründen der Zeit und Gruppengröße unmöglich. In der sehr kleinen, zweiten Arbeitsgruppe wiederum war solch eine Gemeinsamkeit der drei beteiligten Initiativen gar nicht beabsichtigt.

Wenn Strategie definiert wird als die grundsätzliche, langfristige Verhaltensweise (Maßnahmen-Kombination) zur Verwirklichung der langfristigen Ziele, dann ist dies nicht erfüllt worden. Ich habe hier mit Absicht in einer gewissen Gleichförmigkeit strategische Zielvorstellungen und Fazite der Referierenden notiert, um die Fülle der strategischen Überlegungen festzuhalten (soweit mir dies beim Zuhören möglich war). Da jedoch die Referierenden wie auch die Teilnehmenden davon ausgingen, dass Pluralität und vielfältige Vorgehensweisen als notwendige Mittel zur Mitarbeit noch nicht aktiver Menschen zwingend notwendig sind, ist eine gemeinsame Strategie auch kaum zu erwarten und zu erreichen – allenfalls in gemeinsamen Stellungnahmen (wie dies bereits geschieht: Der Tagungsmappe lagen drei Beispiele aus jüngster Zeit bei) oder gemeinsamen Aktionen. Jede Einzelinitiative kann auch die ihr geeignet erscheinenden Empfehlungen für die eigene Arbeit nutzen.

Hannelore Morgenstern-Przygoda, Köln

Jahrestagung vom 04. - 06. 04. 2014 in Imshausen, Stiftung Adam von Trott



Am Freitagabend hörten wir zusammen mit TeilnehmerInnen der 'Imshausen Gespräche' ein Referat von Dr. Tilman Evers zum Thema „Ist der Pazifismus noch zu retten?“

Mit der Änderung der Kriegsschauplätze änderten sich die Themen, mit denen sich Pazifismus auseinandersetzt. Bei den zwei Weltkriegen ging es um Kriege zwischen Nationalstaaten.

Seit den 60er Jahren geht es um Themen wie 'Entwicklung' (der 'dritten' Welt) und 'Frieden mit Natur und Umwelt'. Neue Gewaltphänomene ließen neue soziale Bewegungen entstehen. Asymmetrische Kriege zeigten, wie 'Gewinner' verloren (USA in Vietnam, Frankreich in Algerien). Es gibt immer mehr innerstaatliche als zwischenstaatliche Konflikte. Seit den 70er Jahren gibt es immer weniger Kriegstote, dagegen immer mehr Tote durch Hunger, fehlenden Zugang zu sauberem Wasser oder durch Luftver-

schmutzung. Entsprechend entstanden viele soziale Hilfsorganisationen aus der Zivilgesellschaft heraus, die pazifistisch eingestellt sind. Der Pazifismus sei denn auch lebendig und aktiv, beschloss Dr. Evers seinen Vortrag.

Es ging auch noch kurz um die Diskussion zum Thema 'humanitäre Missionen' im Rahmen von 'Schutzverantwortung' / R2P. Da ginge es vordergründig um nicht-militärischen Schutz. Dahinter könne man aber Fragezeichen setzen, wie es die AutorInnen der Artikel auf den nächsten Seiten tun.

Am Samstag wurden Ideen gesammelt zum Dauerthema: Wie weiter? Ideen gibt es genug, nur die Mann- und Spannkraft reichen nicht. Also bleiben wir bei den in FN50 angeschobenen niederschweligen Aktionen (s. Seite 17 ff.)

Susann Adelman (Rechtsanwältin) sprach zu unseren Chancen, über den Rechtsweg weiter zu kommen. Steuern sind immer zweckbindungsneutral; der Vorgang ist getrennt nach Steuererhebung und Steuerverwendung (Art. 110 GG). Das Trennungsprinzip soll die staatliche Funktion sichern.

Würde ein Richter anders urteilen wollen, müsste er einen Weg gehen, der weiterhin erfolglos für uns sein wird und der für ihn hochgradig berufsschädigend ist. Dafür sind ihm Steuerfragen nicht gravierend genug. Weiterhelfen kann ein Sachverhalt, der deutlich dem persönlichen Recht, dem Schutz des Individuums oder der Minderheit zugeordnet wird. Juristische Empfehlung: Den Schwerpunkt auf die individuellen Beschwerden legen, die über Art. 4 hinausgehen. Um in den Anwendungsbereich der §§ 163, 222, 226, 227 Abgabeordnung zu kommen, muss das Anliegen einen völlig atypischen Fall darlegen. Gelingt das, kann auch das BVerfG prüfen und entscheiden. Denkbar als stark atypische Fälle sind z.B. Kriegsrückkehrer mit erheblichen Schädigungen (wie posttraumatische Belastungsstörungen/PTBS), oder pflegende Angehörige von Kriegsrückkehrern. Diese könnten Steuern verweigern, weil sie für Kriegshandlungen verwendet werden, die sie nun persönlich als zerstörerisch erlebt haben, und weiterhin erleben.

Fazit: Klagen müssen neu überdacht werden. Dazu kann aktuell nichts veröffentlicht werden. Aber: Das Verweigern kann weitergehen; es ist Bewusstseinsbildung und sollte in jedem Fall öffentlich gemacht werden.

Mitgliederversammlung - Beschlüsse

Die Lobby-AG bedauert das Ausscheiden von Friedrich Heilmann. Er zieht aus Erkner weg und wird von seinem neuen Wohnort Rostock-Warnemünde aus nicht mehr schnell für ein Lobbygespräch nach Berlin fahren können. Nun haben wir für die direkten Lobbygespräche leider keine/n Aktiven mehr im Großraum Berlin. Die AG besteht jetzt aus Wolfgang Steuer, Michael Held und Gertie Brammer, die alle von Berlin weit weg wohnen. Daher werden wir uns auf Lobbygespräche in den Wahlkreisen verlegen. Diese können auch alle anderen Aktiven führen, die ein Gespräch mit ihren Kreis-Abgeordneten interessant und wichtig finden.



Sperrkonto-Verlagerung. Nach vielen Jahren treuer Kontoführung durch Herrn Rechtsanwalt Kierig in Heidelberg wird unser Sperrkonto neu gestaltet werden. Herr Kierig beendet sein berufliches Engagement und wird deshalb demnächst die Kontoführung an Susann Adelman in Bamberg abgeben. Wer hat Ansprüche auf Rückzahlung eingezahlter Beträge? Der Netzwerk-Vorstand bittet gegebenenfalls um Mitteilung. Eine Rückzahlung ist möglich, wenn ein Einzahlungsbeleg vorgelegt wird. In diesem Fall wenden Sie sich bitte an unsere Geschäftsführerin Katharina Rottmayr (s. S. 24).

Der **Geschäftsbericht** wurde erläutert, die Kassenprüfung vorgetragen, die Geschäftsführerin Katharina Rottmayr und ihre VorstandskollegInnen einstimmig entlastet. Wie immer: ganz großen Dank an Katharina! Auch der der Haushalt 2014 wurde einstimmig beschlossen.

Internationale Schutzverantwortung ('Responsibility to Protect' / R2P)

Dieses Konzept ist sehr umstritten. Hat der Sicherheitsrat die Pflicht und die Macht zu R2P tatsächlich von der UNO bekommen? Kümmert er sich auch um die Vorstufe, und wenn ja – wie? Ist das Ganze wieder nur eine neue schöne Hülle für alte Machtpolitik? Hier unten folgen zuerst eine völkerrechtliche, dann eine theologische Betrachtung und zum Schluss zwei Einschätzungen.

Wir unterstützen eure Kriege nicht - weder finanziell noch ideell

Bei der Jahrestagung nutzte das Netzwerk *Friedenssteuer* die Gelegenheit, um im Rahmen der Imshäuser Gespräche Tillmann Evers zu hören, der auch auf das Thema Schutzverantwortung einging. Er bezeichnete sie 'als großes Dilemma, bei dem die Hilfe für Schutzbedürftige mit dem Anspruch auf Gewaltfreiheit kollidiere'¹. Er stellte sie aber nicht grundsätzlich in Frage und meinte u.a., sie sei von der UNO beschlossen worden.

Worum handelt es sich bei R2P? (völkerrechtliche Betrachtung)

Gegen Ende des II. Weltkrieges versuchten die Länder der Anti-Hitler-Koalition mit der Charta der UNO eine internationale Ordnung zu schaffen, in der Gewaltanwendung oder Gewaltandrohung „gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates“ verboten sind (Art.2, 4/7). Wird jedoch ein Staat angegriffen, so hat er das Recht zur individuellen und kollektiven Selbstverteidigung, „bis der Sicherheitsrat die zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit erforderlichen Maßnahmen getroffen hat“ (Art. 51). Sobald sich der Sicherheitsrat also mit einem solchen Konflikt befasst hat, kann dies das Ende des Rechts auf Selbstverteidigung des Staates bedeuten. Nach Kap.VI der Charta verfügt die UNO über viele Möglichkeiten zur friedlichen Beilegung von Konflikten, bevor in Kap.VII bei Bedrohung oder Bruch des Friedens und bei Angriffshandlungen militärische Zwangsmaßnahmen des Sicherheitsrates angemessen erscheinen.

Zum ersten Mal wurde am 5. April 1991 das Völkerrecht auf Nichteinmischung in die Angelegenheiten eines Staates außer Kraft gesetzt, als der Irak internationalen humanitären Organisationen sofortigen Zugang zu allen hilfsbedürftigen Personen in allen Teilen des Landes gewähren musste. Das war die erste 'humanitäre' Intervention. An dieser Stelle sei nur daran erinnert, welche Horrorszenarien erfunden werden mussten, um diese Intervention zu legitimieren. Und der Fortgang ist nur allzu bekannt.

Inzwischen wurde das Konzept der humanitären Intervention weiterentwickelt zur sog. Schutzverantwortung. Hierbei wird ein Staat in seiner Souveränität erheblich eingeschränkt und gefordert, dass er seine Bevölkerung vor gravierenden Menschenrechtsverletzungen schützt, wie Kriegsverbrechen, ethnische Säuberung, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Genozid. Wenn er dazu allerdings nicht in der Lage ist, so muss die internationale Gemeinschaft diese Aufgabe, diese Schutzverantwortung, wahrnehmen. Dabei - so heißt es - gebe es drei Interventionsstufen:

1. Die Responsibility to prevent, die Bedrohung einer Bevölkerung schon im Vorfeld zu verhindern;
2. Die Responsibility to react, die Beendigung gravierender Menschenrechtsverletzungen durch Intervention (etwa Sanktionen, aber auch militärisch);
3. Die Responsibility to rebuild, der Wiederaufbau nach der militärischen Zerstörung.

Hat nun die Gemeinschaft der Völker diesem erheblichen Eingriff in die Souveränität eines Staates zugestimmt? 2005 hat die UN-Vollversammlung tatsächlich in einer Resolution² die Verantwortung des Staates für den Schutz seiner Bürger anerkannt. Es wurde auch eine nicht weiter spezifizierte internationale Verantwortung festgestellt, aber grundsätzlich festgehalten, dass die Vollversammlung die Notwendigkeit zur weiteren Debatte unterstreiche. Vier Jahre später stellte der UN-Generalsekretär einen von ihm erarbeiteten Bericht zur R2P einer außerordentlichen UNO-Vollversammlung vor, wobei nicht einmal die Hälfte der 192 Mitgliedsstaaten anwesend war und mit dem Ergebnis, dass auch nicht abgestimmt wurde. In einer weiteren außerordentlichen Vollversammlung im September 2009 wurde in einer Resolution erklärt, man nehme den Bericht des Generalsekretärs zur Kenntnis, halte aber grundsätzlich an der Unantastbarkeit der Prinzipien der UN-Charta fest und wolle das Thema weiter diskutieren.³ Damit ist deutlich, dass die UNO die R2P nicht akzeptiert hat.

Die Befürworter der Schutzverantwortung argumentieren häufig mit Srebrenica und meinen, das schwerste Kriegsverbrechen in Europa seit dem Ende des II. Weltkrieges, bei dem 7000 Bosniaken

¹ S. Tillmann Evers, Imshäuser Gespräch im Internet

² Resolution A/RES/60/1 vom 24.10.2005 Punkte 138/139

³ Resolution A/RES/63/308 vom 14.9.2009

(Moslems) von Serben ermordet worden seien, hätte bei einem Eingriff von außen verhindert werden können. Inzwischen aber hat sich herausgestellt, dass die Opfer nicht in einem Massaker umkamen, sondern in Kämpfen zwischen Serben und Bosniaken, d.h. es handelt sich also um Gefechtstote beider Seiten, und zwar um 2000.¹

Auch die Beispiele Irak (Husseini), Serbien (Milosevic), Libyen (Gaddafi), Syrien (Assad) haben einer breiten Öffentlichkeit verdeutlicht: mit gezielter Desinformation wird ein „Böser“ aufgebaut, den es zu beseitigen gilt im Namen der Menschenrechte. Dabei geht es doch um ganz andere Interessen, wie Öl, andere Ressourcen oder geostrategische Vorteile. Die Gegner der R2P sehen gerade auf Grund dieser Beispiele die Gefahr des Missbrauchs der Schutzverantwortung, um nach einem inszenierten Massaker oder einer gezielter Lüge (Gaddafi ließe seinen Soldaten Potenzmittel verteilen, damit es zu Massenvergewaltigungen komme) in ein Land einfallen zu können.

Schutzverantwortung, so meine ich, beginnt viel früher. Nicht die responsibility to react, sondern die responsibility to prevent - die Gewaltprävention - sollte sich die Völkergemeinschaft zu eigen machen, und da Hunger und Elend die Hauptursachen für Gewalt sind, gilt es, an dieser Front zu kämpfen und Strukturen schaffen zu helfen, die eine gerechtere Verteilung der Güter dieser Erde ermöglicht.

Ingrid Ehrler, Berlin

Quellen: UNO- Charta, UNO-Resolutionen, Nachdenkseiten, Seiten der AG Friedensforschung Kassel

Schutzpflicht – zu ihrer theologischen Rechtfertigung

Die Schutzpflicht wird hier nicht infrage gestellt. Allerdings wird bei sogen. 'Humanitären Interventionen'² die durch die UNO formulierte Schutzpflicht oder Schutzverantwortung dazu benutzt, militärische Gewaltanwendung ethisch zu rechtfertigen. Das gezielte und kollaterale Töten und Verletzen von Menschen³ und die Zerstörung von Lebensgrundlagen wird damit in einer neuen Weise mit der moralischen Pflicht des Schutzes von Mitmenschen begründet.

Damit – so denke ich - wird die selbstverständliche Pflicht zur Nothilfe missbraucht und fällt unter die Devise 'der Zweck heiligt die Mittel'. Ist der Zweck als humanitäres Ziel bestimmt, ist die Anwendung von Gewalt nicht nur erlaubt, sondern moralisch geboten. Theologisch wird das in unserem Land mit zwei Aussagen begründet:

1. dass die Welt noch unerlöst sei und solange sie unerlöst sei, könne Gewaltanwendung nicht ausgeschlossen werden,
2. so oder so werde der Mensch in dieser Frage schuldig: wenn er zum Schutz anderer Gewalt anwende und auch, wenn er sich dazu weigere.

1. Zur unerlösten Welt

Ich dachte immer, dass Gott die Welt durch seine Menschwerdung, seine schmerzhaftige Solidarität mit den Menschen bis zum Kreuz und seine Auferstehung erlöst habe. Seine Erlösung ist freilich kein magischer Zwang für Nichtwillige - Gott zwingt seine Erlösung niemandem auf. Sonst würde Er den Menschen seines Menschseins berauben. Seine Erlösung kann nur wirksam sein, wenn sie angenommen und nachvollzogen wird. Sie konnte und kann nicht wirksam sein für Menschen, die sich im selbstverschuldeten Gefangensein eingerichtet haben. Das gilt insbesondere für einen wichtigen Aspekt der Erlösung: vom Zwang, Gewalt anwenden zu müssen.

So glaube ich, die Welt ist erlöst, aber sie hat es nicht angenommen und nimmt es weiterhin nicht an. Diese Unerlöstheit zeigen auch wir Christen, wenn wir meinen, wir müssten im Einsatz für die Opfer mit Gewalt gegen andere - die Täter – einschreiten. So werden wir selbst zu Tätern – und werden schul-



¹ Alexander Dorin, Srebrenica? wie es wirklich war, Ahriman Verlag

² Da die Humanitäre Intervention meist in souveränen Staaten geschieht, ist sie völkerrechtlich eigentlich nicht gestattet.

³ Z.B. die gezielten Morde mit Drohnen.

dig. Gott handelt anders und zeigt in Christus einen anderen Weg: Er zieht die eigene Leid-Annahme einem gewaltsamen Einsatz gegen andere vor. Er schafft keine Opfer, er selbst wird Opfer.

2. Schuldigwerden, so oder so

Das Schuldigwerden beginnt früher: mit der Anschaffung, Verbreitung und der Anwendungsbereitschaft von Kriegsmaterial. Dann ist die „Schutz-Pflicht“ herbei gerüstet. Das „Schuldigwerden so oder so“ wird selbst geschaffen. Das Schwert, hast du es, musst du, wenn's nötig ist, „vom Leder ziehen und dreinschlagen“, sonst wirst du schuldig. Schlägst du aber nicht drein, wirst du auch schuldig. Eine wahrlich unerlöste Welt!

Das Schuldigwerden besteht also im Herbeiführen einer ausweglos erscheinenden Situation. Aber selbst dann, wenn sein Besitzer das Schwert schon beschafft hat, ist, falls er es ausdrücklich nicht anwendet, ein Schuldigwerden seines Besitzers nicht zwingend. Ist Petrus schuldig geworden weil er dreingeschlagen hat um den unbewaffneten Jesus zu verteidigen? Ja, aber der Erlöser hat die Wunde geheilt und trat dann folgerichtig seinen Leidensweg an. Wäre Petrus schuldig geworden, wenn er nicht dreingeschlagen hätte? Nein - ebenso wenig wie die anderen Jünger, die am Ölberg dabei gewesen sind. An dieser Stelle könnte sich die Gewalt-Rechtfertigungstheologie auch fragen: warum Jesus vor seiner Gefangennahme keinen bewaffneten Aufstand organisiert hat, um die Seinen zu schützen? Viele warteten ja darauf. Und warum er dazu nicht die 12 Legionen Engel erbeten hat - und das ganz ausdrücklich (Mat. 26,53). Oder, warum er es seinen Jüngern durch das Gleichnis vom Unkraut im Weizen ausgedeutet hat, das Unkraut auszureißen (Mat. 13,29-30); das Unkraut, das doch den Weizen bedroht? Lagen da nicht eklatante Verletzungen der 'Schutzpflicht' vor? Werden also Menschen schuldig, weil sie trotz einer Gefährdung anderer nicht dreinschlagen; etwa wie damals der hl. Martin von Tours, der den bewaffneten Kampf gegen die raubenden und mordenden Alemannen ablehnte und unbewaffnet gegen sie anzutreten bereit war? Oder werden Menschen schuldig, wie etwa die Quäker, die militärisches Eingreifen ablehnen? Und werden Menschen schuldig, wie die Kriegsdienstverweigerer und alle, die bewusst keine Tötungswaffen tragen oder bedienen wollen?

Resümee

Es scheint also aus christlicher Sicht an diesen theologischen Rechtfertigungen einiges nicht zu stimmen. Sie instrumentieren sehr subtil ein kostbares moralisches Gefühl: das Mitgefühl. Stimmig ist allerdings die mitschwingende Hybris, alles mit Gewalt regeln zu müssen, auch wenn es kontraproduktiv ist. Stimmig ist auch, wenn man schon mal hochgerüstet ist, dieses humanitär zu rechtfertigen. Dabei leidet allerdings der Sinn für gewaltfreie Alternativen: Keine Waffenproduktion mehr, Unterstützung der gewaltfreien Bewegungen vor Ort und gewaltfrei Dasein, wenn sich etwas zusammenbraut.

Die Begründung „unvermeidlicher“ Gewaltanwendung durch die „unerlöste Welt“ und das Schuldigwerden so oder so, ist ein rückwärts gerichteter Weg, ein Pfad der Nichtveränderung, der Erstarrung. Er bewirkt, dass immer wieder eintritt, wogegen man kämpft: die sich selbst erfüllende Prophetie. Die Unerlöstheit der Welt wird durch die eigene Unerlöstheit bewiesen. So fehlt mir etwas an diesen Rechtfertigungen: der Glanz der Wahrheit.

Sepp Rottmayr, Vagen

In Magazin forumZDF II/14 finden sich folgende Argumente zu R2P.

Positive Argumente von Winfried Nachtwei (Beirat Zivile Krisenprävention im Auswärtigen Amt, Gründungsmitglied des Forum ZFD):

- Die Schutzpflicht könnte das Wegsehen und die Passivität (Beispiele Ruanda und Ost-Kongo) überwinden.
- Die Prävention als wichtigste Säule von R2P werde auf internationaler Ebene endlich entwickelt und operationalisiert. Für den Europäischen Auswärtigen Dienst stehe die Einführung unmittelbar bevor. 2013 habe der UN-Generalsekretär den ersten Präventionsbericht vorgelegt. Die Bundesregierung bleibe allerdings dahinter zurück; der Bundestag habe sie im April aufgefordert, sich für die Prävention stark zu machen.

Negative Argumente von Thomas Mickan (Informationsstelle Militarismus / IMI):

- R2P löse die 'humanitäre Intervention' als Rechtfertigung von Kriegen nur ab.
- Die Prävention bestehe konkret zum größten Teil aus militärischen Trainingsprogrammen (USA) oder bilateralen Aufbauprogrammen (Deutschland in Mali und Somalia) nach westlichen Aufbauideen, Rüstungsstandards und mit finanziellen Abhängigkeiten.
- Gehe es nach Abschluss der Programme in diesen Länder doch wieder schief, führt das immer wieder zu neuen Kriegen aufgrund der 'Schutzverantwortung'.

Redaktion

AG Steuern zu Pflugscharen

Erfolg bei der Konferenz für Friedensarbeit / KfF) in Dresden, 20./21. Januar 2014

Die KfF nahm folgende von Michael Held eingereichte Beschlussvorlage an:

“Die KfF bittet

1. die EKD-Gliedkirchen
 - a) im Sinne des ÖRK-Votums und angesichts der wachsenden Zahl von Kriegssteuerweigerern und der Initiativen für ein Zivilsteuergesetz dem Thema breiteren Raum zu geben, die Kriegssteuerweigerung innerkirchlich wie die Kriegsdienstverweigerung zu behandeln und dafür Formen der Begleitung zu entwickeln, zu vertreten und zu praktizieren. Dazu gehört auch,
 - b) den durch das Netzwerk Friedenssteuer erarbeiteten Entwurf eines „Zivilsteuergesetzes“ (Anlage 4) aufzugreifen und nicht unter Verweis auf die derzeitige Rechtslage das Gespräch zu verweigern, sondern stattdessen auf Grund der durch juristische Fachvoten bestätigten Eignung (Anlage 5) dieses Gesetzentwurfes, sich zu einer eigenen positiven Bewertung dieses Weges zur Beilegung des Dilemmas zu entschließen.
2. den Rat der EKD und den Beauftragten der EKD bei der Bundesregierung
 - a) gegenüber der Bundesregierung und dem Bundestag dafür einzutreten, dass auch für Kriegssteuerweigerer der Gewissensschutz des Art. 4 GG gilt und demzufolge der Gewissensschutz der Kriegs(dienst)verweigerer gemäß Art. 4 GG auch im Steuerrecht anerkannt wird, wie es GG Art. 1 (3) vorschreibt. Die KfF-Teilnehmer beim Studientag schließen sich den Fachvoten (Löhr, Fisahn und Hochhuth; Anm. 5) an, dass der Vorschlag des Zivilsteuergesetz des Netzwerk Friedenssteuer ein geeigneter und mit unserem Verfassungsrecht kompatibler Vorschlag ist. Daher ist
 - b) der Bundesregierung und den Fraktionen des Bundestages zu empfehlen, ein solches Gesetz zu beschließen. Die Finanzämter und –gerichte bestreiten nicht die Gewissensproblematik. Sie haben nur in der bestehenden Finanzgesetzgebung keine Handhabe, diese anzuerkennen und praktikabel umzusetzen. Das zu leisten ist Aufgabe des Gesetzgebers. Deshalb bitten wir die EKD, dies gegenüber der Politik deutlich zu machen.
3. Wir bitten, die Behandlung des Themas in das Frageraster für die Berichte aus den Landeskirchen und die Ergebnisse der Bemühung der EKD in den jährlichen Bericht des Friedensbeauftragten aufzunehmen.

Der Beschluss der KfF lautet:

Die Konferenz verständigt sich darauf, dass die Mitglieder der Konferenz den Antrag in ihren jeweiligen Kirchen, Verbänden und Institutionen zur Diskussion stellen und der Tagesordnungspunkt auf der Konferenz für Friedensarbeit im Raum der EKD 2015 aufgenommen wird.

(Alle im Beschlussvorschlag erwähnten Anlagen sind zusammen mit dem Antrag wenige Tage nach der Konferenz an alle Mitglieder versendet worden).

Michael Held, Bad Hersfeld

Gespräch zwischen Vertretern von Basisgruppen und Bischöfin in der EKM

In der Ev. Kirche Mitteldeutschlands / EKM wurde zu einem Gespräch zwischen Bischöfin Ilse Junkermann in Magdeburg und Friedensgruppen der Landeskirche am 22.05.14 eingeladen. Die Basisgruppen haben sich unter dem Dach des Hausener Friedenskreis¹ zusammengeschlossen, wo Gerlinde Rambow das Netzwerk Friedenssteuer vertritt. Sie freute sich über die offene Gesprächsatmosphäre und nutzte die Gelegenheit dazu, die Beschlussvorlage der KfF vorzustellen. Zeigt das Papier doch klar und deutlich die Dringlichkeit unseres Anliegens. Die Vorlage der KfF sei wirklich sehr gut und wichtig (Dank an Michael Held!). Hier eine Kurzfassung des Berichts:

¹ Im Hausener Friedenskreis haben sich 2008 die kirchlichen Friedensgruppen aus dem Gebiet der EKM zusammengeschlossen. Zu den Friedensgruppen gehören aus Sachsen-Anhalt die Bürgerinitiative Offene Heide und der Friedenskreis Halle, aus Thüringen die Initiative Gewaltlos Leben sowie Vertreter der bundesweiten Initiativen Internationaler Versöhnungsbund, Netzwerk Friedenssteuer und Akademie Soli-darische Ökonomie.

Friedensgruppen fordern mehr Engagement für Friedenspolitik

Friedensgruppen aus dem Gebiet der EKM haben von Landesbischöfin Ilse Junkermann eine deutliche Positionierung zu friedensethischen Fragen gefordert. Die Bischöfin betonte, dass der Einsatz dafür sehr ernst genommen werde.

Die Friedensgruppen nannten als Schwerpunkte für Handlungsfelder der EKM u.a.

- ❖ Beteiligung an der deutschlandweiten Diskussion um ein Friedenssteuer-Gesetz (s.o.)
- ❖ Bekanntmachung des Aufrufs der Ökumenischen Versammlung in Mainz "Die Zukunft, die wir meinen – Leben statt Zerstörung" (s. auch Seite 1) in den Kirchengemeinden und kirchlichen Gruppen, da hier wichtige Impulse christlichen Handelns zu solidarischer Ökonomie enthalten seien;
- ❖ Aufnahme einer Vertretung der Basisgruppen in die Landessynode (wofür die Bischöfin sich aufgeschlossen zeigte).

Gerlinde Rambow, Weimar

-.-.-.-.-

epd-Dokumentation jetzt erhältlich!

Ende Juni erschien endlich die epd-Dokumentation des Studientages in der Evang. Bildungsstätte Hofgeismar, Januar 2013, wo unser Friedenssteuer-Thema einziger Programmpunkt war (s. FN49). Sie ist sehr gründlich und sollte möglichst viele Gremien der Evang. Kirche erreichen, insbesondere die Friedensbeauftragte und Synoden der Landeskirchen. Wer sich dafür einsetzen will, kann die Dokumentation gratis zugesandt bekommen – wobei wir nichts gegen eine Spende hätten, denn wir zahlten für jedes Exemplar 6 Euro. Mit diesem Dokument lassen sich viele Skeptiker in der Kirche (und nicht nur da) überzeugen!

Bestelladresse: Gerlinde und Martin Rambow, Wilhelm-Bode-Str. 30, 99425 Weimar,
Tel: 03643-741687, eMail: rambow-weimar@web.de.

-.-.-.-.-

Aktionen

Briefmarke neu!

Die Briefmarkenaktion verlief sehr gut: es wurden 16.000 St. verkauft. So gut, dass eine neue Auflage gedruckt wurde: jetzt als 60 Cent-Marke.

Sie ist ab sofort lieferbar in Bögen von 20 St. (auch weniger möglich) und kostet nun 60 Cent plus 15 Cent anteilige Druckkosten = 75 Cent/Stück.



Drohnen-Aktion: Es meldeten sich einige Menschen, die sich beteiligt haben:

- Bernhard Willner beantragte beim Finanzamt Calau 13,21 € zurück von seiner KfZ-Steuer.
- Günther Wassenaar, FA Lutherstadt Wittenberg schrieb:
„Liebe Friedensfreunde, als ich von Eurer Aktion hörte, war mir klar, dass ich diese unterstütze. Schließlich verstößt der Einsatz von Drohnen selbst gegen das GG. Als ich mein Schreiben im FA abgeben wollte, ich habe es persönlich dorthin gebracht und der Pforte gezeigt, damit sie mir einen Ansprechpartner benennt, wurde ich zur KFZ-Steuer gewiesen. Die dortige Mitarbeiterin verweigerte strikt die Annahme und wurde dabei von zwei ebenfalls anwesenden Mitarbeitern massiv unterstützt. Ich sah mich gezwungen, sie darauf hinzuweisen, dass Jeder mit seinem Gewissen darauf achten muss und prüfen muss, inwieweit er die Politik billigt. Als mir geantwortet wurde, dass sie nur ihre Pflicht erfüllen wies ich darauf hin, dass das eventuell auch die KZ-Aufseher zwischen 1933 und 1945 so gesehen haben. Mein Schreiben wurde dann von der Pforte entgegen genommen und dem Posteingang hinzugefügt. Mit kämpferischen Grüßen, Günther Wassenaar.“

- Beim Finanzamt Rottweil verlangte Ekkehard Hausen die 13,21 € von seiner Einkommensteuer 2012 zurück. Es unterstützte ihn dabei die Grünen-Stadträtin Heide Friedrich. Inzwischen erfolgte eine Ablehnung.



- Beim Finanzamt im Wendland forderten Gertie Brammer, Hermann Taubenberger, Johanna Voß und Ewis & Harmen Storck das Geld zurück von, in dieser Reihenfolge: Mehrwert-, KfZ-, Lohn- und Einkommensteuer. Sie übergaben die Anträge persönlich an den Dienststellenleiter, Herrn Luyven. Es war nicht das erste Gespräch mit ihm – aber leider konnte er, neben Respekt, keine Hoffnung bieten, unsere Anträge positiv zu entscheiden.



An dieser Drohnenaktion kann man sich immer wieder beteiligen – denn es wird leider immer weiter in diese Waffengattung investiert. Und wenn es 'nur' dabei bliebe ... aber der Wahnsinn geht noch weiter. Man möchte die Decke über den Kopf ziehen ... Das taten die WendländerInnen aber nicht, sondern platzierten zu einer neuen Waffe eine Anzeige in ihre Regionalzeitung:

! Unsere Wut: Obama versprach vor einem Jahr am Brandenburger Tor, die US-Atomwaffen um 1/3 zu reduzieren. Bisheriges Ergebnis gleich Null. Gleichzeitig werden hinterrücks Hyperschallwaffen entwickelt, die – auch atomwaffenbestückt – zum „Prompt Global Strike“ ausholen. Innerhalb einer Stunde soll jedes Ziel in der Welt vernichtet werden können. Und China zieht nach.

? Unsere Hoffnung: Die Nord-SPD will, dass Deutschland in der Friedenspolitik eine Vorreiterrolle im Gewaltverzicht übernimmt und fordert, an die Stelle des Rechts des Stärkeren die Stärke des (Völker-)Rechts zu setzen. Damit ist sie in guter Gesellschaft mit dem EKD-Friedensbeauftragten Renke Brahm, der ein „stehendes Heer“ von Friedensfachkräften, so groß wie die Bundeswehr, fordert.

V. l. S. d. P. Margrit Albers, Tel. 05862/985112, antimilli-wendland (23)

Diese Gewerbe (!)-Anzeige ist schon die 23. in einer Reihe von monatlichen Veröffentlichungen gegen das Militär, die - auch buchstäblich - auf das Konto von antimilli-wendland gehen (Gertie Brammer ist dabei). Sie werden durchaus gelesen!

Banken- und Versicherungswechsel

Gudrun Rehmann aus Detmold fragte bei der Deutsche Rentenversicherung um Auskunft nach ethischen Kriterien für ihre Anlagenpolitik. Dem Antwortschreiben war kein Wort über Ethik zu entnehmen; statt dessen wurde nur geschrieben, das man in erster Linie auf die Sicherheit der Anlagen achten müsse und bei den sicheren dann auf die höchste Rendite. Nicht erlaubte Anlageformen seien Aktien, sonstige Firmenanteile, Fonds mit Aktienanteilen und Papiere mit Aktienwahlrecht.

Als Fazit könnte man jetzt denken: Die größten Rüstungsproduzenten sind Aktiengesellschaften – also für die Rentenversicherung verboten. Aber was ist mit den vielen kleineren?

Denkbar ist nun eine Arbeitsgruppe, die herausucht, welche Rüstungsfirmen *keine* Aktiengesellschaften sind. Dann könnte man bei der Rentenversicherung erneut anklopfen und sagen: Wir wollen wissen, ob diese Unternehmen in euren Anlagen erscheinen. Und wenn ja, fordern wir deren Verkauf. Allerdings müssten wir das schon mit einigen hundert Menschen machen, sonst hört dort keiner zu. Leider können wir nicht mit dem Wechsel in eine andere Rentenversicherung drohen. DAS können wir aber sehr wohl bei anderen Versicherungen und bei den Banken. Es gibt ja Banken, wie die GLS Gemeinschaftsbank oder die Umweltbank, die garantieren, dass sie keine Rüstungsanlagen haben.

Aktion 'Friedensband: Appell für Friedenspolitik statt Militäreinsätze'

Der Zivile Friedensdienst, den wir in unserem Heft Nr.46 (12/2011) schon ausführlich vorgestellt haben, hat im April eine große Aktion gestartet, wo Sie gerne und leicht mitmachen können. Ziel



der Aktion ist es, bundesweit 10.000 Proteststimmen gegen Militäreinsätze zu sammeln. Am 6. September verbindet die Aktion die Berliner Siegestsäule mit dem Kanzleramt, über ein 1,8 km langes 'Friedensband' aus allen Postkarten. Die Postkarte dazu haben wir unserem Heft beigelegt. Bitte, machen Sie mit!

Die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden in Zusammenarbeit mit DFG-VK, IPPNW und ORL bietet zum zweiten Mal einen Qualifikationskurs für das Leiten von Kampagnen in der Friedensbewegung an, bei dem die Verbindung von Kampagnenarbeit und gewaltfreiem Widerstand Thema ist.

Wo: in Kassel

Wann: an 6 Wochenenden: 14.-16 November 2014, 20.-22. Februar 2015, 08.-10. Mai 2014, 11.-13. September 2014, 04.-06. Dezember 2014, 12.-14. Februar 2016.

Kursleitung: Ulrich Wohland. Information und Anmeldung: claudia.funke@wfga.de



Stand auf dem Zukunftsmarkt

Bereits zum dritten Mal hatte das Grüne Forum Baden e.V. (<http://www.gruenes-forum-baden.de>) zum Zukunftsmarkt Mittelbaden eingeladen. Am 27.4.2014 trafen sich etwa 70 Aussteller mit geschätzten 3.000 Besuchern in der Gewerbeschule Bühl. Auch die vier Vertreter der Gruppe „Südwest“ des Netzwerk Friedenssteuer waren zum dritten Mal dabei: Günther Lott, Wieland Walther, Wolfgang Steuer und Marduk Buscher, der den Kontakt zum Grünen Forum Baden e.V. hält. Im Rahmenprogramm sprachen unter anderem Ulrich von Weizsäcker und Franz Alt zu dem Thema, wie die Welt 'onkelgerecht' umgestaltet werden kann. Wolfgang Steuer hielt ebenfalls einen Vortrag zum Friedenssteuer-Thema.

Aktionärs-Aktion

Bei der JENOPTIK-Aktionärsversammlung am 12.06.14 in Weimar hat der Jenaer Trägerkreis Rüstungskonversion, in dem Wolfgang Geffe mitarbeitet, den anreisenden AktionärInnen eine 'alternative Aktie' geschenkt. Darauf standen Infos zur Beteiligung von JENOPTIK am Rüstungsgeschäft. Die Regionalgruppe *Steuern zu Pflugscharen* hat die Aktion unterstützt und Martin Rambow berichtet: „Es gab ein gutes Medien-Echo. Es ist super, dass die Kritik es sogar bis in die Überschrift geschafft hat. Besonders krass an der zitierten Reaktion von JENOPTIK ist die Äußerung des Vorstandsvorsitzenden Mertin: 'Wir bauen keine Minen oder Waffen, die Menschen töten, **sondern wir bewegen uns im rechtssicheren Bereich.**' Dieser Satz bringt den Irrsinn, die geistige und humanitäre Verwirrung und Desorientierung von Rüstungsproduzenten und Militärs gut zum Ausdruck“.

Schulen-Aktion für LehrerInnen und SchülerInnen ab der 9. Klasse: Aufgepasst!

Hier finden Sie Information über 'Civil Powker' – ein Rollenspiel für Schulklassen, wobei es darum geht, bei einem Konflikt irgendwo auf der Welt eine gewaltfreie Lösung zu finden.

Dieses Spiel wurde als Alternative zu dem Bundeswehr-Spiel 'POL&IS' entwickelt, das nur eins beabsichtigt: die Jugend für Akzeptanz von Bundeswehreinsätzen und für eine Soldatenkarriere zu gewinnen. Wenn die Jugendoffiziere bei Ihrer Schule auf der Matte stehen: Fordern Sie das 'Civil Powker'-Spiel!

Civil Powker

Ein neues Planspiel zu zivilem Engagement in internationalen Konflikten



jeweils zwei Vertreter_innen der Gruppen um die Zustimmung der Anderen für ihre Handlungsoptionen werben – und deren „finanzielle“ Unterstützung. In einer Zwischenbewertung werden die durchgesetzten Handlungsoptionen und ihr möglicher Einfluss auf das Konfliktgeschehen reflektiert und bestimmt. Danach wird noch eine Nachrichtensendung zum weiteren Konfliktgeschehen eingespielt. Es folgt eine zweite Spielphase. Insgesamt werden durch das Planspiel jede Menge Themen und Kontroversen angerissen, die in der Endauswertung bzw. Nachbereitung aufgegriffen werden.

Das Spektrum und die Anzahl möglicher Handlungsoptionen, mit denen



„gepokert“ wird, sind so breit wie hoch: Die Zivilgesellschaft kann bspw. Großdemonstrationen organisieren, mit der Bevölkerung im Konfliktland über das Internet Kontakt aufnehmen oder Friedensfachkräfte entsenden. Allerdings können sie auch ihren Alltag fortsetzen oder sich für eine Verschärfung des Asylrechts einsetzen. Politikerinnen und Politiker können z. B. nicht nur in Friedensvermittlungen diplomatisch aktiv werden oder

Täglich berichtet die Tagesschau von Krisen, Kriegen und Konflikten in der Welt. So landet das Leid aus der Ferne im eigenen Wohnzimmer und hinterlässt vielfach ratlose Gesichter. Eine scheinbare Ohnmacht, dass man ja selbst nichts dagegen machen könne, führt nicht selten in unserer Bevölkerung zum verstärkten Ruf nach der so genannten internationalen Gemeinschaft, die mittels eines Militärschlags den „Frieden sichern“ soll. Weitaus weniger bekannt sind hingegen all die zivilen Mittel, die wir in Deutschland auch haben, um uns vor der eigenen Haustür gegen die globale Gewalt- eskalationen zu engagieren. Das neu entwickelte Planspiel namens Civil Powker soll junge Menschen dafür sensibilisieren und inspirieren.

Ziele

Bei Civil Powker bespielen Schülerinnen und Schüler ihre Handlungsmöglichkeiten in Deutschland anlässlich eines konkreten, irgendwo in der Welt ausbrechenden Konfliktes. Ziel ist es, die existierenden Handlungsspielräume in Deutschland vor allem im zivilgesellschaftlichen, aber auch im wirtschaftlichen und parteipolitischen Bereich aufzuzeigen und erfahrbar zu machen.

Anhand individueller Rollen entdecken sie zudem die Verflechtungen zwischen den

Waffenexporte verbieten, sondern auch einen militärischen NATO-Eingriff unterstützen. Und die Gruppe der Unternehmer_innen hat sowohl die Möglichkeit, Kapitalanlagen einfrieren zu lassen, als auch Waffenlieferungen an oppositionelle Kräfte zu starten.

Organisatorisches

Zielgruppe: Jugendliche und jung Gebliebene ab 15 Jahren (Klasse 9)
Teilnehmendenzahl: 15-30 Personen
Dauer: 6 Zeitstunden (8 Schulstunden)
Durchführung: Zwei geschulte Trainer_innen
Kosten: 450,- plus Fahrtkosten. Gerne geben wir Hinweise und Unterstützung zu Fördermöglichkeiten.

Pilotphase

In einer Testphase wurde Civil Powker bereits an mehreren Schulen erprobt. Gegenwärtig befindet es sich in der Pilotphase, d.h. Medien und Materialien sind entwickelt und voll einsetzbar, liegen aber noch nicht im abschließenden Design vor.

Zahlreiche weitere friedenspädagogische Angebote des Friedenskreis Halle e.V. finden sich auf www.friedenskreis-halle.de.

politischen, wirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Bereichen und generelle Einflussmöglichkeiten in Deutschland bei internationalen Konflikten.

Ablauf

Die Jugendlichen beschäftigen sich zuerst mit der allgemeinen Situation in Deutschland und verschiedenen Interessen in den Bereichen Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft. Dann schlüpfen sie in individuelle Rollen, die sie zum Teil selbst ausgestalten können und reflektieren in Gruppen die Werte, die sie teilen. Zudem bekommt jede Rolle eine individuelle Anzahl an Geld-, civil-, policy- oder economy-power Punkten. Im Anschluss wird eine Nachrichtensendung eingespielt, die von einem ausbrechenden Konflikt berichtet und Bilder aus verschiedenen, real stattgefundenen Konflikten enthält. Es beginnt die erste Spielphase: Die Jugendlichen bekommen eine Reihe an Handlungsoptionen und diskutieren in ihren Akteursgruppen (Zivilgesellschaft, Parlament, Unternehmer_innen), welche sie gerne umsetzen würden und von welcher anderen Gruppe sie dafür Unterstützung benötigen. Dann folgt eine Verhandlungsphase, in der



Kontakt

Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen
Friedenskreis Halle e.V.
Große Klausstr. 11
06108 Halle (Saale)
Tel.: 0345-279807-10 / Fax: -11
Ansprechperson: Peter Biermann
Mail: biermann@friedensdienst.de
Tel.: 0157-71880589

Bundesweit

Fränkisches Bildungswerk für Friedensarbeit
Hessestr.4
90443 Nürnberg
Ansprechperson: Karl-Heinz Bittl
Mail: info@eiccc.org
Tel.: 0173-8063071

„Civil Powker“ wurde entwickelt vom Fränkischen Bildungswerk für Friedensarbeit e.V. und dem Friedenskreis Halle e.V. in Zusammenarbeit mit AGDF, EAK (im Rahmen des Projekts „Friedensbildung, Bundeswehr und Schule“), EKM und Arbeitsstelle Kokon.

Checkliste von Möglichkeiten, Geld zu sparen, um es dann umzuwidmen

In 1986 brachten die GRÜNEN unsere erste Version eines Friedenssteuer-Gesetzentwurfes in den Bundestag. Gertrud Schilling, damals MdB der GRÜNEN, war dafür maßgeblich verantwortlich. Hier meldet sie sich zu Wort mit einer ganzen Liste von praktischen Tipps, wie man legal weniger Steuern zahlen oder sonst Geld sparen und in eine gewünschte Richtung umlenken kann, damit man fördert, was man für richtig hält und nicht ungewollt das unterstützt, was man *nicht* will.

1. **Bankenwechsel** zu einer sozial-ökologisch-ethischen Bank (z.B. GLS-Bank, Ethik-Bank für das Girokonto, Umweltbank für das Sparen etc.). Infos u.a. bei Urgewald.de, Greenpeace.de.
2. **Stromanbieter-Wechsel** zu
 - a. EWS-Schönau
 - b. Naturstrom (über NaBU)
 - c. Greenpeace Energy
 Alle anderen, leider oft genannten sog. Ökostromanbieter, sind keine wirklichen!
3. **Alters-und Todesfall-Vorsorge:**
So vererben (unbedingt Testament machen) oder vermachen, dass keine Erbschaftssteuer gezahlt werden muss. Alle gemeinnützigen Organisationen sind als Stiftung oder Verein nicht erbschaftssteuerpflichtig. Man kann alles außer einem steuerpflichtigen Teil so vererben. Anruf genügt und alle Infos zum Erbsteuerrecht und Testament werden zugeschickt.
4. **Spenden:** Nur an Organisationen, die bei einer sozial-ökologisch-ethischen Bank sind. Bei Spendenwerbung darauf achten und ggf. um Bankenwechsel bitten.
5. **Protestsparen**, Zinsen spenden oder Einlagen+Zinsen spenden, um die Abgeltungssteuer zu vermeiden und den Richtigen zuzuwenden. Modelle dazu über Bewegungsstiftung und GLS-Bank. Insbesondere das *Protestsparen* (Bewegungsstiftung) als zeitlich befristete Schenkung ist geeignet, alles, was über den Pausch-Betrag für die Abgeltungssteuer hinausgeht, dem Staat zu entziehen. So hat mensch immer noch einen gewissen Zinsanteil, aber ohne Steuern dafür zu zahlen *und* unterstützt zudem noch wichtige Projekte.
6. **Internet:**
 - a. Alternative Suchmaschinen (z.B. benefind) benutzen, wo bestimmte Summen pro Klick an eine Organisation der Wahl geht, gespendet von dieser Suchmaschine.
 - b. Charity-Portale nutzen (wie u.a. Clicks4charity, boost.de, charityclick.de), wo beim Online-Kauf automatisch ein bestimmter Betrag des Bestellwertes an eine Organisation der Wahl gespendet wird ohne Kosten für den/die Käufer/in.
 - c. eMail-Postfach: posteo.de (kostet 1€/Mon.) ist eine echte Alternative mit Ökostrom von Greenpeace (hohe Sicherheitsstandards, Finanzen über GLS-Bank, werbefreies Postfach etc.).
7. **Gebrauchtes kaufen/verkaufen** und tauschen (Tauschbörsen) oder verschenken.
8. **Weniger von allem** - spart MwSt., verhindert Wachstums-Wahn samt Folgen: Auf utopia.de gibt es Listen mit den jeweils ökologisch nachhaltigsten Produkten/Geschäften etc. Sich über Firmen genauer informieren; Alternativen wählen (z.B. für Vodafon, wegen derer Atomfinanzierung).
9. **Reisen:** ökologisch und fair, z.B. traverdo.de; vertraeglich-reisen.de; utopia.de
10. **Steuererklärung:** Sich die Mühe machen und auch die kleinste Kleinigkeit an Rückerstattung rausholen. Bei Gesundheitskosten z.B. genaue Aufstellungen machen, da jeder Weg zum Arzt *und* zur Apotheke km-Geld bringt (wird oft vergessen neben der Rechnung). Bei Prüfung der Abgeltungssteuer-Erklärung sind meist noch einige Prozente rückholbar etc.

Diese direkten und nachhaltigen Anregungen sollen zum Überdenken der eigenen Möglichkeiten - neben der Militärsteuerverweigerung - dienen und zum "Weiterspinnen" anregen, d.h. das Netzwerk vergrößern.

Gertrud Schilling, Sagard

Neue Verfassungsbeschwerde: Kritik an Rüstungsexporten.

Aus der Pressemitteilung des Komitees für Grundrechte und Demokratie vom 2.6.14

Der Heidelberger Friedensaktivist und Mitglied des Grundrechtekomitees, Hermann Theisen, hat Verfassungsbeschwerde gegen seine Verurteilung durch das Oberlandesgericht München eingereicht. Er wurde wegen 'Aufforderung zum Geheimnisverrat' verurteilt, weil er vor den Rüstungskonzernen Rheinmetall (Düsseldorf) und Krauss-Maffei Wegmann (München) Flugblätter verteilte hatte, um gegen eine Lieferung von Leopard 2-Panzern an Saudi-Arabien zu protestieren. Daraufhin wurde er zu einer Geldstrafe in Höhe von 2600 Euro verurteilt.

Die Mitarbeiter der Rüstungsschmieden wurden mit den Flugblättern aufgefordert, ihren Einblick in den geplanten Panzerdeal der Öffentlichkeit zugänglich zu machen, nachdem sich sowohl die Rüstungskonzerne als auch der Bundessicherheitsrat weigerten, den Bundestag und die Zivilgesellschaft über die Hintergründe des geplanten Panzerdeals mit Saudi-Arabien zu informieren. Damit habe Theisen zum Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen (§ 17 UWG) aufgefordert, so die Münchener Richter. In dem Strafverfahren hatte sich der Miteigentümer von Krauss-Maffei Wegmann, Burkhard Braunhrens, bereit erklärt, als Zeuge auszusagen, was das Gericht jedoch abgelehnt hatte.

Rechtsanwalt Wilhelm Achelpöbler (Münster), der Verfahrensbevollmächtigte von Theisen, begründet die Verfassungsbeschwerde mit einem Verstoß gegen Art. 5 Abs. 1 Grundgesetz und Art. 103 Grundgesetz.

Zusammenfassend erklärt Achelpöbler: „Spricht nach alledem Vieles für die Auslegung, dass der Beschwerdeführer durch die Flugblätter lediglich auf die Problematik eines Waffendeals mit Saudi-Arabien aufmerksam machen wollte, um einen Beitrag zur öffentlichen Meinungsbildung zu leisten und haben sich die Strafgerichte mit einer solchen Auslegung nicht auseinandergesetzt, so verletzen die Urteile den Beschwerdeführer in seinem Grundrecht aus Art. 5 Abs. 1 GG“ (Meinungsfreiheit). – „So sieht es auch die Staatsanwaltschaft Heidelberg, die die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens ablehnte, da sie zu recht in dem Flugblatt einen Beitrag zum Meinungskampf sah.“ (StA Heidelberg, 150 Js 17822/12).“

Theisen erklärt zur Verfassungsbeschwerde: „Das sog. Lüth-Urteil von 1958 ist die bekannteste und wichtigste Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu den Grundrechten. Bis heute beruht die bundesdeutsche Rechtsprechung zu wesentlichen Teilen auf diesem Urteil. Das Bundesverfassungsgericht erklärte damals: 'Das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung ist für eine freiheitlich-demokratische

Staatsordnung

schlechthin konstituierend, denn es ermöglicht erst den Kampf der Meinungen, der ihr Lebenselement ist.' (BVerfGE 7, 198ff) In diesem Sinne hoffe ich sehr, dass der wegweisende rechtspolitische Klang des Lüth-Urteils in den Ohren der heutigen Bundesverfassungsrichter noch einen gewissen Nachklang haben wird und er nicht bereits (wieder) erloschen ist, denn es gibt eine ganze Reihe überzeugender verfassungsrechtlicher Gründe, sich der Auffassung von Rechtsanwalt Achelpöbler anzuschließen.“

Die taz vom 20.05.14 titelte:

„Deutsche Bank braucht neue Milliarden – Scheich aus Katar als neuer Großaktionär soll's richten“



„Wann übernehmen wir denn nun endlich die deutsche Rüstungsindustrie?“

Karikatur: Haitzinge

Den Scheichs gibt Gabriel vielleicht nichts – dafür geht eine ganze Panzer-Fabrik nach Algerien.

Conscience and Peace Tax International / CPTI



Roy Procter †

Im Juni erreichte uns die Nachricht, dass Roy Procter aus England am 17.06. 2014 plötzlich an einem Herzinfarkt gestorben ist. Wir waren erschüttert, weil er in unserer Bewegung sehr engagiert war und keiner dieses abrupte Ende ahnte. Am 27. August wäre er 65 Jahre alt geworden.

Roy war seit der Internationale Konferenz in Bogotá im Vorstand von CPTI. Er hat den Umzug von CPTI von Belgien nach England mit allen Formalitäten durchgeführt – ein komplizierter Prozess. Aktiv war er aber schon viel früher: als Mitglied von Conscience UK war er einer der 'Peace-Tax-Seven', einer Gruppe, die 2006 beim Europäischen Gerichtshof für die Menschenrechte das Recht auf Militärsteuerverweigerung einklagte. Die Klage wurde abgelehnt, aber Roy setzte den Rechtsweg in England hartnäckig bis zum Ende fort. So lautet seine letzte Mitteilung aus Februar d.J. dazu:

"Gestern Vormittag fand meine Verhandlung im Grafschaftsgericht zu Ipswich statt, vor demselben Richter, der mir schon Aufschub (in Bezug auf das Urteil!) gewährt hatte, und ich glaube, dass es eine gerechte Anhörung war. Der Richter sagte, dass ich logisch und ganz eindeutig moralisch recht habe, aber dass er meinen Einspruch nicht gewähren könnte, weil das Gesetz ihm das nicht gestatte. Ich habe den Eindruck, dass er sich große Mühe gegeben hatte, einen Ausweg zu finden, das aber unmöglich fand. (...) Ich werde meine Energie nun dafür einsetzen, dass das Gesetz im Parlament geändert wird, was nicht leicht sein wird, aber wenn ich das Urteil schriftlich kriege, kann ich das vielleicht als Hebel einsetzen, wenn ich mit meinem Parlamentsabgeordneten spreche, der wirklich ehrlich bemüht zu sein scheint, verstärktere Demokratie ins Parlament zu bringen, indem die Möglichkeiten der Abgeordneten, die Regierung zur Verantwortung zu ziehen, erweitert werden.



Ich danke Euch allen für Eure Unterstützung in diesem juristischen Hindernislauf - wenn ich mich ein bisschen verpustet habe, werde ich einen Termin mit meinem Parlamentsabgeordneten verabreden und mich auf dieser Route auf den Weg machen."

Dazu ist er nun leider nicht mehr gekommen – ob einer (oder mehrere) der anderen sechs der 'Peace-Tax-Seven'-Mitglieder den Fackel nun weiterträgt über den parlamentarischen Weg? Wir alle vermissen Roy sehr und trauern mit seiner Familie.

Die Redaktion

Die derzeitigen Vorstandsmitglieder Robin Brookes (GB,) Dietmar Czerny (D) und Milena Romero (Kolumbien) suchen weiterhin dringend Interessierte, um CPTI in Großbritannien in Schwung zu bringen. Im Mai 2013 gab es 10 Gründungsmitglieder; die modifizierte Satzung ist auf der CPTI-Homepage zu finden (About CPTI, 2013). Inzwischen hat auch das NWFS seine Mitgliedschaft angemeldet. In diesem Jahr muss der 4-Jahresbericht an den Sozial- und Wirtschaftsrat der UNO abgegeben werden, der nötig ist für den Erhalt des Beraterstatus bei der UNO.

Auf der letzten Jahrestagung des NWFS erklärte sich Friedrich Heilmann bereit, die Frage, wo die nächste Internationale Konferenz stattfinden soll, zu klären. Hannelore Morgenstern hat dem CPTI-Vorstand eine leicht durchführbare, internationale Aktion vorgeschlagen, damit die nationalen Bewegungen wieder miteinander in Kontakt kommen und sich so hoffentlich auf die nächste Konferenz einstimmen.

Hannelore Morgenstern-Przygoda

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer, Krennerweg 12, 81479 München, Tel: 089-7259416

Stand 01. 08. 2014

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Tel	email
AG Lobbyarbeit	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Öffentlichkeit, Internet	Friedrich	Heilmann	Sonnenblumenweg 87 ab Oktober 2014	18119	Rostock	T 0163-5030710	heilmann@friedenssteuer.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten & Materialversand	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	T 05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
AG Rechtswege	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
AG Steuern zu Pflugscharen Region Ost	Gerlinde und Martin	Rambow	Wilhelm-Bode-Str. 30	99425	Weimar	T 03643-741687 F 03643-741688	rambow-weimar@web.de
Internationales/CPTI	Dietmar	Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	d.czerny@gmx.de
Vernetzung	Michael	Held	Simon-Haune-Str. 15	36251	Bad Hersfeld	T 06621-620186 F 06621-65645	a-p-s@gmx.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	T 030-4251860	gisela-lmk@web.de
Region Berlin	Eise	Tonke	Stavanger Str. 5	10439	Berlin	T 030-4444379 F 030-44339133	elsetonke@gmx.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9a	81377	München	T 089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo	von Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	T 0511-801696 F 0511-5194881	dedo.krosigk@web.de
Region Nord	Gudrun	Rehmann	Brahmsstrasse 11	32756	Detmold	T 05231-31231	Telefon 12.30 bis 13.00 Uhr
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Krelingstr. 10	90408	Nürnberg	T 0911-353237 F 0911-269851	b.janus@mnet-mail.de
Region Nürnberg	Lina	Hoffmann	Olivengweg 36	90441	Nürnberg	T 0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de - NEU
Region Südwest	Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	T 07221-38194 F 07221-38191	mardukbuscher@t-online.de
Region Südwest	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Region West	Ute und Dr. Robert	Antoch	Alte Landstr. 32	40489	Düsseldorf	T 0211-403986 F 0211-404723	uantoch@gmx.de rantoch@gmx.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	T 08062-7261067 F 08062-7252396	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stellv. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern-Przygoda	Jesuitengasse 39a	50735	Köln	T 0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	T 07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de

Spenden an das Netzwerk Friedenssteuer e.V.: IBAN DE25 4306 0967 7001 6016 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC GENODEM1GLS. Bei allen Spenden unbedingt den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden in der Regel am Anfang des nächsten Jahres verschickt. Die Friedenssteuer Nachrichten erscheinen 2x im Jahr und gehen an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Sperkonto RA Kierig & Becker: IBAN DE37 4306 0967 8043 0931 00, GLS Gemeinschaftsbank e.G., BIC GENODEM1GLS